Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 1/2021

Kriegsgeburt
Die Reichsgründung 1871

Unterschätzte Rivalin
Die Entstehung der Royal Australian Navy

»Braune Nostalgie«?
Bundeswehr-Skandale in den 1970er Jahren

Überfall auf die Sowjetunion

Das Unternehmen »Barbarossa« 1941



ZMSBw
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Zeitschrift **Militärgeschichte** im Wandel



1987



1987



Heft 1/1991



Heft 2/1996



Heft 1/1999



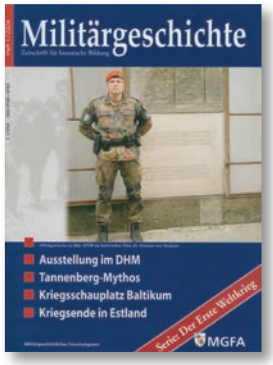
Heft 1/2001



Heft 1/2002



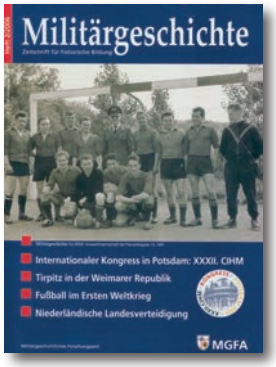
Heft 3/2002



Heft 4/2004



Heft 1-2/2005



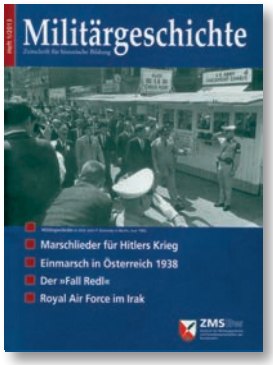
Heft 2/2006



Heft 2/2007



Heft 4/2011



Heft 1/2013



Heft 2/2018



Heft 4/2020



Heft 1/2021

Liebe Leserinnen und Leser,



wie Ihnen vermutlich bereits beim ersten Blick auf die neue Ausgabe aufgefallen sein wird, hat die **Militärgeschichte** ihr Gesicht gewandelt. Um die Zeitschrift für Sie noch abwechslungsreicher und interessanter zu gestalten, haben wir uns als Herausgeber und Redaktion dazu entschieden, der **Militärgeschichte** einen neuen Farbanstrich zu geben. Das Heft stellt sich nun frischer und moderner dar. Unser Fachbereich Publikationen unter der Leitung von Christian Adam hat diesen Prozess von der Auswahl potenzieller Grafikbüros bis hin zur professionellen Umsetzung des Layouts durch die Mediengestalterinnen im ZMSBw begleitet. Mein besonderer Dank für den Entwurf des neuen Layouts gilt Anke Mitrenga, plettenberg design Berlin. Sie hat uns von den ersten Ideen bis zur Umsetzung ihres Gestaltungsrasters in diesem Heft kompetent unterstützt.

Die Neuerungen beschränken sich allerdings nicht allein auf die optische Gestaltung. Es war unser Ziel, die **Militärgeschichte** auch inhaltlich weiter zu entwickeln. Der Darstellung einzelner Themen im Heft wollen wir mehr Raum geben: Die Rubrik »Im Blickpunkt« bietet künftig in einer Art »Faktencheck« zentrale Hintergrundinformationen zu einem wichtigen thematischen Aspekt des Heftes. Der zunehmenden Bedeutung des Visuellen tragen wir ebenfalls Rechnung. Daher nimmt die Rubrik »Militärgeschichte im Bild« noch umfassender als bisher ein militärhistorisch wichtiges Bild in den Blick. Am Ende des Heftes präsentieren wir Ihnen von nun an regelmäßig eine Neuerscheinung, die wir Ihnen besonders ans Herz legen möchten. Neben diesem »besonderen Tipp« finden Sie auch künftig unsere etablierten Rubriken, etwa die Buchempfehlungen oder »Geschichte kompakt«. In den Großbeiträgen wird Ihnen weiterhin das gesamte Panorama der Militärgeschichte präsentiert: fundiert, anschaulich und informativ.

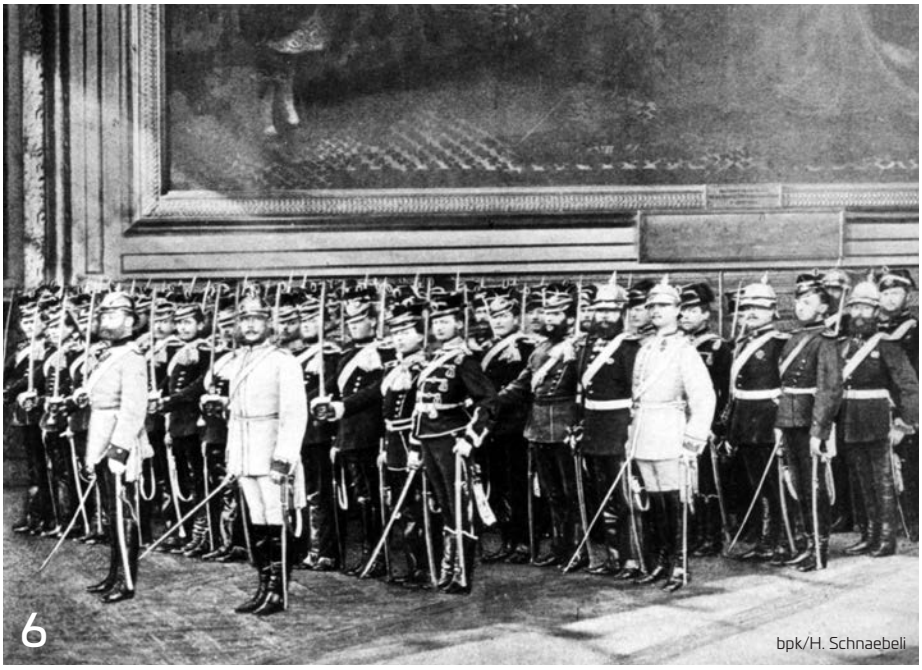
Im Fokus der vor Ihnen liegenden Ausgabe stehen zwei Themen: die Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 und das Unternehmen »Barbarossa« von 1941. Beide Ereignisse haben bis heute weitreichende Folgen für unser Land, aber auch für die Beziehungen zu unseren europäischen Partnerländern. Besonders hervorheben möchte ich den Beitrag zum 150. Jahrestag der Reichsgründung, mit dem sich Professor Dr. Michael Epkenhans, der Leitende Wissenschaftler und Leiter der Abteilung Forschung des ZMSBw, von unseren Leserinnen und Lesern verabschiedet. Er ist am 31. März 2021 nach zwölfjähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. Im Namen von Herausgeber und Redaktion danke ich Michael Epkenhans für die gute Zusammenarbeit und seine vielfältigen Beiträge zur historischen Bildung in der Bundeswehr.

Unseren Leserinnen und Lesern wünsche ich eine spannende Lektüre und ein besonderes Lesevergnügen mit dem neuen Layout der Zeitschrift **Militärgeschichte**.

Ihr Frank Hagemann

Dr. Frank Hagemann
Oberst und Leiter der Abteilung Bildung

Militärgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



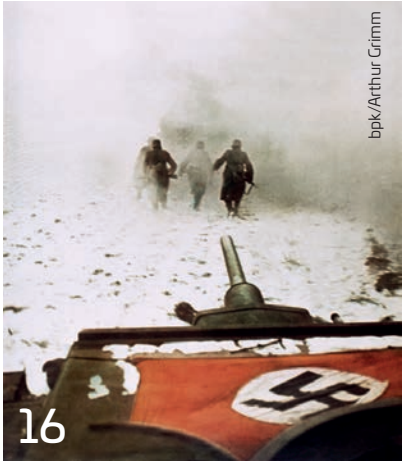
Deutsches Militär in Versailles. Mitten im Krieg gegen Frankreich wird Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser ausgerufen.



Im Einsatz. »Liquidatoren« riskieren 1986 ihr Leben in Tschernobyl.



Wehrmacht-Pilot Rudel umgeben von Bundeswehrsoldaten. Der schwierige Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1970er Jahren.



Zu schonungsloser Kriegführung verpflichtet: Die Wehrmacht in der Sowjetunion.



Kokosinseln 1914: Der australische Leichte Kreuzer »Sydney« versenkt die deutsche »Emden«.


bpk/Alinari Archives

Unternehmen »Barbarossa«: Mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 entfesselte Hitler einen beispiellosen Vernichtungskrieg. Den Kampf um »Lebensraum im Osten« hatte er bereits in »Mein Kampf« vorgezeichnet. Sowjetische Karikatur »Metamorphose der deutschen Wehrmacht unter Hitler« von Kukryniksy, 1942.

Mehr dazu lesen Sie auf Seite 14.

Inhalt 1/2021

6 DEUTSCHES KAISERREICH
Kriegsgeburt
Die Gründung des Deutschen Reiches 1871

14 IM BLICKPUNKT
Unternehmen »Barbarossa«
Kräftevergleich, Planungen, »Lebensraum«-Begriff, NS-Propaganda

16 ZWEITER WELTKRIEG
Überfall auf die Sowjetunion
Das Unternehmen »Barbarossa« 1941

22 MILITÄRGESCHICHTE IM BILD
Unsichtbare Gefahr
Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986

24 MILITÄRGESCHICHTE INTERNATIONAL
Unterschätzte Rivalin
Die Entstehung der Royal Australian Navy

28 GESCHICHTE KOMPAKT
Der Siebenjährige Krieg | 1756–1763
Die Versenkung der »Bismarck« | 1941
Sophie Scholl | 1921–1943

30 BUNDESWEHRGESCHICHTE
»Braune Nostalgie«?
Die Skandale der 1970er Jahre und die historische Bildung in der Bundeswehr

34 SERVICE
Bücher | Medien
Ausstellungen | Der besondere Tipp
Impressum

Kriegsgeburt

Die Gründung des Deutschen Reiches 1871

Die Gründung des einheitlichen deutschen Nationalstaats 1871 war das Ergebnis dreier Kriege, nicht einer friedlichen Fortentwicklung des Deutschen Bundes. Das Deutsche Reich war eine Reichsgründung von »oben« und nicht von »unten«. Was dies für die Entwicklung des Reiches, aber auch für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte ungeachtet vielfältiger Modernisierungsprozesse bedeutete, ist bis heute unter Historikerinnen und Historikern umstritten.

Von Michael Epkenhans



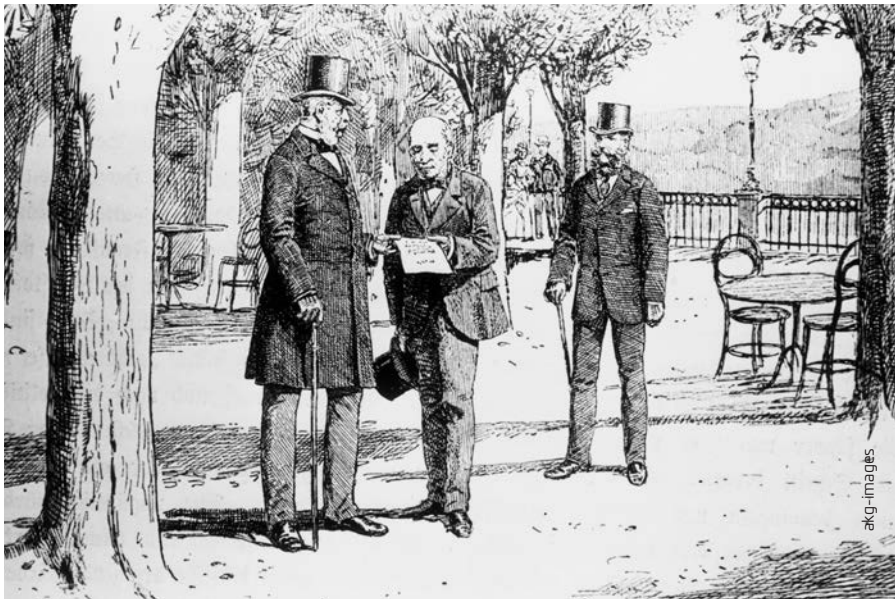
Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh

Drei Fassungen der Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871 malte Anton von Werner. Nur das letzte, für Bismarck aus Anlass seines 70. Geburtstages geschaffene Gemälde (1885) existiert noch. Im Vordergrund stehen Wilhelm I., Reichskanzler Otto von Bismarck und Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke. Tatsächlich trug Bismarck während der Kaiserproklamation statt der weißen Kürassier-Uniform den blauen Waffenrock und er stand zwischen den Beteiligten und nicht wie hier dargestellt im Vordergrund.

Am Anfang war die »Emser Depesche«. Der in Bad Ems zu Kur weilende preußische König Wilhelm I. traf am Morgen des 13. Juli 1870 bei seinem Morgenspaziergang auf der Brunnen-Promenade den französischen Boschafter in Berlin, Vincent Graf Benedetti. Diese zunächst höfliche, durchaus übliche Unterredung sollte innerhalb weniger Stunden welthistorische Bedeutung erlangen. Warum?

Das Treffen war kein Zufall; es war vielmehr ein weiterer Schritt der Eskalation einer Krise, in der es im Kern um die spanische Thronnachfolge ging, die nach dem Sturz der spanischen Königin Isabella II. (1868) nicht nur in Spanien selbst, sondern auch vor allem zwischen Frankreich und Preußen umstritten war. Obwohl Frankreich mit dem schnellen Verzicht des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, einem Neffen Wilhelms I., auf die spanische Thronkandidatur am 12. Juli 1870 alles erreicht zu haben schien, gab sich die Regierung Napoleons III. mit diesem Erfolg nicht zufrieden. Aus innenpolitischen Gründen glaubte der Kaiser, Preußen offen demütigen zu müssen, obwohl dessen Regierung eine offizielle Beteiligung an der Kandidatur leugnete. Bereits am 7. Juli hatte der französische Außenminister Antoine Herzog von Gramont gegenüber Benedetti erkennen lassen, welches Risiko er einzugehen gewillt war: »Wenn Sie von dem König erreichen, dass er die Annahme des Prinzen von Hohenzollern widerruft, so wird das ein großer Erfolg sein […], wenn nicht, der Krieg.« Die Möglichkeit dieses Krieges erregte daher zunehmend die Gemüter auf beiden Seiten des Rheins.

Während des gemeinsamen Spaziergangs am Morgen des 13. Juli versuchte Benedetti vom preußischen König schließlich diese von seiner Regierung geforderte grundsätzliche Verzichtserklärung zu erhalten. Doch dazu war Wilhelm I. nicht bereit. Ein Eingehen auf die französischen Forderungen widersprach seinem Ehrgefühl. Zudem hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck ihn eindringlich auf die politische Tragweite von Zugeständnissen hingewiesen. Als Benedetti dem König, wie dieser noch am selben Tage seiner Frau schrieb, »immer dringender und fast impertinent« die Garantieerklärung »abzupressen« versuchte, lehnte Wilhelm I. entschieden jede weitere Äußerung ab.



Folgenschwere Begegnung: Wilhelm I. trifft den französischen Botschafter Vincent Benedetti in Bad Ems, 13. Juli 1870.

Vom König über diesen Vorfall unterrichtet, berichtete der Geheime Legationsrat Heinrich von Abeken aus Bad Ems per Depesche Bismarck darüber und ermächtigte ihn im Auftrag des Königs zugleich, die Öffentlichkeit zu informieren. Bismarck, der nach dem Verzicht des Sigmaringer Hohenzollern auf den Thron diplomatisch der »Verlierer« gewesen war, kürzte den Wortlaut der Depesche für die Pressemitteilung. Der kategorische Charakter der Ablehnung der französischen Forderung wie auch die Tatsache, dass der König das französische Verlangen als Zumutung empfunden hatte, traten nun im Text deutlicher hervor. Dass die französische Regierung die Nachricht in dieser Form als eine das Nationalgefühl verletzende Herausforderung betrachten würde, war ebenso absehbar und daher kalkuliert wie die Absicht, dadurch die eigenen Reihen zu schließen.

Um den Stellenwert der »Emser Depesche« für den Deutsch-Französischen Krieg beurteilen und dementsprechend Bismarcks »Kriegsschuld« ausmessen zu können, müssen die tieferen Ursachen für dessen Politik 1870 in den Blick genommen werden.

Warum gab es Krieg?

Bismarcks Politik hatte Österreich 1866 durch den Sieg in der Schlacht bei Königgrätz aus dem Deutschen Bund verdrängt und Norddeutschland unter preußischer Führung geeint. Eine Ausdehnung des Norddeutschen Bundes nach Süden hatte Bismarck aus Rücksicht auf süddeutsche Empfindlichkeiten wie auch auf Frankreich abgelehnt. Er setzte vielmehr darauf, die Einigung der deutschen Länder ohne Österreich im Laufe der Zeit mit Billigung der anderen Mächte vollenden zu können. Süddeutsche Widerstände ließen ihn jedoch bald erkennen, dass dieser Prozess länger dauern und schwieriger als erwartet sein würde. Im Februar 1869 hielt Bismarck es für wahrscheinlich, dass »die deutsche Einheit durch gewaltsame Ereignisse gefördert werden würde«, schränkte dieses martialische Bekenntnis aber gleichzeitig unter Hinweis auf die innerdeutschen Probleme wieder ein.

Die spanische Suche nach einem neuen Monarchen, die sich bald auf ganz

Europa ausweitete, schien eine Möglichkeit zu bieten, Bewegung in die preußische Politik zu bringen. Bismarck war sich der darin liegenden Möglichkeiten bewusst. »In unserem Interesse liegt es«, betonte er 1868, »dass die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibe, und eine Napoleon angenehme Lösung ist schwerlich die für uns nützliche«. Er unterstützte daher die Kandidatur von Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, bemühte sich dabei aber stets, die preußische Regierung offiziell nicht in Erscheinung treten zu lassen.

In gleicher Weise wie Bismarck betrachtete die französische Regierung einen Konflikt als Möglichkeit, den eigenen Hegemonialanspruch gegenüber Preußen deutlich zu unterstreichen. »Rache für Sadowa« – die französische Bezeichnung für die Schlacht von Königgrätz von 1866, die das Kräfteverhältnis in Europa so entscheidend zum Nachteil Frankreichs verändert hatte – war eine gängige Forderung. Zudem war die Ableitung innenpolitischer Spannungen nach außen ein Wesenselement der Herrschaft Napoleons III.

Als die Thronkandidatur von Erbprinz Leopold im Juli 1870 vorzeitig bekannt wurde, schien sich die ersehnte Möglichkeit zu bieten, Preußen in die Schranken zu weisen. Am 6. Juli forderte der französische Außenminister Gramont den Verzicht auf die Kandidatur im Parlament: »Wenn es anders kommen sollte«, fügte er drohend hinzu, »werden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.«

Der Verzicht des Erbprinzen, an dem auch König Wilhelm I. entgegen den Wünschen seines Ministers Bismarck maßgeblich beteiligt war, war für Frankreich ein diplomatischer Triumph. Doch damit wollte sich die französische Regierung nicht begnügen und gab Bismarck damit – ungewollt – die Möglichkeit zum Gegenstoß.

Man würde Bismarcks manipulatorische Fähigkeiten überschätzen, wollte man ihm in dieser Angelegenheit einen langfristigen Plan unterstellen. Er verfolgte vielmehr lange Zeit mehrere Alternativen. Ähnlich wie die französische Regierung war er sich aber darüber im Klaren, dass ein Konflikt kaum mit der diplomatischen Niederlage einer Seite enden, sondern angesichts des auf dem Spiel stehenden Prestiges in einem Krieg münden würde. Diese Option mitdenkend, taktierte er daher geschickt und manövrierte die französische Regierung schließlich aus. Durch die Kammererklärung vom 6. Juli hatte diese einen ungeheuren Erwartungsdruck in Parlament und Öffentlichkeit erzeugt, dem sie mit dem Kriegsentschluss vom 14. Juli und der Kriegserklärung an Preußen wenige Tage später nun glaubte Rechnung tragen zu müssen. Erst dadurch wurde der Krieg tatsächlich unvermeidbar. Die »Emser Depesche«, die beiden Seiten die Möglichkeit lieferte, ihre Politik zu rechtfertigen, war in diesem Zusammenhang nur ein wichtiges, nicht aber das entscheidende, kriegsauslösende Glied in einer langen Kette.

Mit der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen begann der Aufmarsch auf beiden Seiten. Anders als Napoleon III. aufgrund der antipreußischen Ressentiments in Teilen Süddeutschlands er-



Bazeilles, 1. September 1870. Gemälde von Eugen Adam, 1877. Der Orts- und Häuserkampf von Bazeilles, südostwärts von Sedan, führte noch Jahre später zu Diskussionen über die Recht- und Verhältnismäßigkeit der Kriegführung.

hofft hatte, kamen alle deutschen Staaten Preußen gemäß den geschlossenen Schutz- und Trutzverträgen (1866) zur Hilfe. Die anderen europäischen Staaten, insbesondere die Verlierer von 1864 und 1866, Dänemark und Österreich-Ungarn, oder Italien blieben hingegen neutral und fielen Preußen nicht in den Rücken.

Zahlenmäßig waren Preußen und seine Verbündeten Frankreich überlegen. Militärisch entscheidend war aber, dass der vom preußischen Generalstabschef Helmuth von Moltke geplante Aufmarsch schneller und koordinierter verlief als der französische. Vor allem verfolgte Moltke ein Ziel und hatte einen Plan, um es zu erreichen: die Umfassung der französischen Truppen durch drei Armeen im Rahmen einer großen Zangenbewegung und die anschließende Eroberung der Hauptstadt Paris. Auf französischer Seite hingegen gab es allenfalls vage Planungen; die beiden Armeen operierten uneinheitlich, da Napoleon III. sich deren Führung vorbehielt, ohne seiner Aufgabe als Oberbefehlshaber dann aber tatsächlich gerecht zu werden.



Wilhelm I. bei der Grundsteinlegung für das Reichstagsgebäude, 9. Juni 1884.

Reichsgründung von oben

Nach ersten kleineren Scharmützeln im Grenzgebiet entlang von Rhein und Mosel stießen die jeweiligen Armeen im Elsass und in Lothringen in mehreren blutigen Schlachten aufeinander: am 4. August 1870 bei Weißenburg, am 6. bei Spichern und Wörth, am 14. bei Colombey-Noulliy, am 16. bei Mars-La Tour, am 18. bei Gravelotte und am 30. bei Beaumont. Auch im Oberelsass kam es zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf Straßburg belagert und erobert wurde. Unter Inkaufnahme hoher Verluste drängten die deutschen Truppen die französischen Armeen immer weiter nach Lothringen zurück. Während die französische »Rheinarmee« unter Marschall Francois-Achilles Bazaine sich nach schweren Niederlagen mit 180 000 Mann in die Festung Metz zurückzog, versuchte die von Marschall Patrice de MacMahon geführte Armee diese nach einer Neuaufstellung zu entsetzen, um dann gemeinsam gegen Moltkes Armeen vorzugehen. Dieser Versuch scheiterte in der Schlacht bei Sedan am 1. September 1870. Deutschen Truppen gelang es, die Armee Mac-Mahons in Sedan einzukesseln. Nach anschließendem heftigen Beschuss von den Höhen auf die Stadt und die dort versammelten französischen Einheiten sowie dem Scheitern mehrerer Durchbruchversuche Mac-Mahons, gab sich die französische Armee geschlagen. Unter den über 80 000 Gefangenen war auch der französische Kaiser Napoleon III.

Mit dessen Niederlage auf dem Schlachtfeld stürzte zugleich die französische Monarchie. Auf Druck der Massen proklamierte die Deputiertenkammer in Paris am 4. September 1870 die III. Republik. Unter Führung von General Louis Jules Trochu rief sie die Bevölkerung zu den Waffen, um wie in der Zeit der Französischen Revolution durch eine »Levée en masse« den Krieg fortzusetzen und siegreich zu beenden.

Angesichts der Fortsetzung des Widerstandes drangen die deutschen Truppen weiter nach Paris vor. Sie belagerten die Hauptstadt seit dem 19. September. Obwohl es in anderen Teilen Frankreichs noch Kämpfe mit regulären Truppen, aber auch irregulären Kämpfern – sogenannten Franctireurs – sowie teilweise langandauernde Belagerungen von Festungen gab, sollte die Beschießung von Paris die Entscheidung bringen. Diese begann Ende Dezember 1870 nach internen Auseinandersetzungen zwischen Moltke, der die Stadt aufgrund der Schwierigkeiten einer Beschießung lieber aushungern wollte, und Bismarck, der allein aus außenpolitischen Gründen auf eine schnelle Entscheidung drängte und sich durchsetzte.

Nach dem Scheitern mehrerer Ausbruchversuche und einer immer größeren Hungersnot, aber auch weiteren schweren Niederlagen bei Kämpfen an der Loire sowie im Osten und Norden erklärte sich die französische Regierung zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit. Dieser Waffenstillstand wurde am 28. Januar 1871, der anschließende Vorfrieden am 26. Februar unterzeichnetet.

Bereits am 18. Januar 1871 hatten die deutschen Fürsten – soweit sie nach Versailles geeilt waren – und ausgewählte Generale, Offiziere und Unteroffiziere in

einer feierlichen Zeremonie im Schloss des »Sonnenkönigs« Ludwig XIV. in Versailles den preußischen König Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser proklamiert. Anton von Werner hat dieses Ereignis in mehreren Gemälden festgehalten, wenngleich mit unterschiedlichen Akzentuierungen. Während die erste Fassung bewusst die süddeutschen Staaten herausstellte und den preußischen Anteil eher weniger deutlich machte, heroisierte die einzig erhaltene »Friedrichsruher Fassung« 1885 den Anteil Preußens, seiner Generale und vor allem Bismarcks.

Das Reich im Innern

Der einheitliche Nationalstaat, den viele seit Jahrzehnten herbeigesehnt hatten, war mit der Kaiserproklamation in symbolischer Weise Wirklichkeit geworden. Nach längeren Verhandlungen waren die süddeutschen Staaten unter Wahrung einiger Sonderrechte dem 1867 gegründeten Norddeutschen Bund beigetreten, der nun in Deutsches Reich umbenannt wurde So sehr manche Fürsten oder auch Gegner Preußens im Süden den Verlust der eigenen Unabhängigkeit beklagen sollten, war dieser Schritt angesichts der dynamischen Entwicklungen in den Monaten zuvor nur konsequent. Dass das Reich von oben und nicht von unten gegründet wurde, schürte die Hoffnung der alten Eliten in Preußen, diesem durch »Eisen und Blut« entstandenen Reich ihren Stempel aufdrücken zu können.

Ob es Alternativen zu dieser Lösung der deutschen Frage gegeben hätte, ist eine müßige Überlegung. Bereits der Deutsche Nationalverein, eine Organisation, die nach einem deutschen Nationalstaat strebte, hatte bei seiner Gründung 1859 eine Einigung unter Preußens Führung für notwendig gehalten. Nach den Ereignissen von 1864, 1866/67 und schließlich 1870 hatten auch viele Kritiker Bismarcks die Frage der Liberalen, ob ein Nationalstaat ohne die notwendige »Freiheit« wünschenswert sei, pragmatisch beantwortet. »Die Verfassung«, so einer ihrer Führer 1867 im Hinblick auf die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die im Prinzip auch die des Reiches sein sollte, »ist ein verbesserungsbedürftiges, aber auch ein verbesserungsfähiges Werk«. Konkret gemeint war damit das Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative. Der Versuch einer Einigung von unten, den eine Delegation des Reichstages des Norddeutschen Bundes im Dezember 1870 durch das Angebot der Kaiserkrone an Wilhelm I. unternommen hatte, war daher an dem Übergewicht der alten »Gewalten« zunächst gescheitert. War die weitere Entwicklung des Reiches damit endgültig und auf Dauer entschieden?

Das Deutsche Kaiserreich war ein Bund der »Fürsten und Freien Städte«. So hieß es in der Präambel der Reichsverfassung vom 16. April 1871. Diesem Leitgedanken, dass das Reich das Ergebnis einer freiwilligen Einigung der deutschen Fürsten, nicht aber, wie es die gescheiterte Reichsverfassung von 1849 vorgesehen hatte, des souveränen Willens der deutschen Bevölkerung war, spiegelte sich in der besonderen Funktion des Bundesrates. Dieser war die Vertretung der 25 Bundesstaaten. 58 Delegierte vertraten dort die Interessen ihrer Regierungen. Entsprechend ihrer Größe wie auch ihrer Macht verfügten die einzelnen Bundesstaaten über unterschiedlich viele Stimmen (siehe Infokasten).

Formal schien diese Regelung sicherzustellen, dass das Reich nicht von Preußen dominiert wurde. In der Praxis war es angesichts des politischen und wirtschaftlichen (Über-)Gewichts Preußens ohnehin unwahrscheinlich, dass sich kleinere Bundesstaaten gegen die Hegemonialmacht stellen und damit einen schwerwiegenden Konflikt auslösen würden.

Im Gegensatz zum britischen House of Lords oder zum heutigen Bundesrat war der Bundesrat im Kaiserreich weder ein Oberhaus noch eine reine Vertretung



Bayerisches Armeemuseum, Ingolstadt

der Länder. Letzteres hatte Bismarck aus Sorge vor partikularistischen Tendenzen abgelehnt, ersteres barg seiner Meinung nach die Gefahr der Herausbildung eines parlamentarischen Systems wie in Großbritannien.

Diese Überlegungen waren verantwortlich für die eigentümliche Konstruktion des Bundesrates. Er war sowohl Träger der exekutiven Gewalt als auch Teil der Legislative. Zusammen mit dem Reichstag beriet der Bundesrat über die Gesetze; wie der Reichstag konnte der Bundesrat Gesetzesvorschläge einbringen. Gemeinsam mit dem Kaiser übte der Bundesrat zugleich das Präsidium des Bundes aus. Reichskanzler und Staatssekretäre waren verfassungsrechtlich nicht mehr als Vertreter des Bundesrates. Wie stark die Stellung des Bundesrates formal war, zeigt dessen Recht, den Reichstag einzuberufen oder auch aufzulösen. Umgekehrt aber hatte der Reichstag keine Möglichkeit, den Bundesrat und die mit diesem verbündeten Regierungen zu kontrollieren und zur Rechenschaft zu ziehen. Um allen Parlamentarisierungstendenzen Einhalt zu gebieten, verbot die Reichsverfassung ausdrücklich, dass Angehörige des Reichstages Mitglieder des Bundesrates sein konnten. Auch Kriegserklärungen bedurften seiner Zustimmung, nicht aber der des Reichstages. Trotz dieser formal starken Stellung war in der Praxis der Kanzler der Kern der Regierung. Da es keine kollegiale Regierung mit einzelnen Fachministern gab, sondern lediglich Staatssekretäre, die die Reichsämter leiteten und direkt dem Kanzler unterstellt waren, sprach man von einer Reichsleitung und nicht von einer Reichsregierung.

Stimmen im Bundesrat

Preußen	17
Bayern	6
Sachsen	4
Württemberg	4
Hessen	3
Baden	3
Elsass-Lothringen (seit 1911)	3
Mecklenburg-Schwerin	2
Braunschweig	2
Alle anderen	je 1

Der Reichstag stand Kanzler und Bundesrat als Vertretung des Volkes gegenüber. Zu den wichtigsten Aufgaben der 397 Abgeordneten gehörte die Verabschiedung der Reichsverfassung. Auch wenn diese keineswegs alle Wünsche der Liberalen erfüllte, so war sie dennoch ein Fortschritt: Monarch und Regierung waren an das Recht gebunden. Ohne Zustimmung des Reichstages konnten sie trotz des Weiterbestehens älterer Sonderrechte nicht regieren.

Das Kaiserreich gilt gemeinhin als »Obrigkeitsstaat«. Umso erstaunlicher ist daher, dass es über eines der modernsten Wahlrechte seiner Zeit verfügte: Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Dieses galt zwar nur für Männer über 25 Jahren. Im Vergleich zu anderen Wahlrechten innerhalb und außerhalb des Reiches war es aber ausgesprochen fortschrittlich und demokratisch. Klassenwahlrechte, nach denen die Bürger entsprechend ihrem Einkommen zumeist offen und indirekt wählten, waren danach noch die Regel. Dies galt selbst für die »Mutter« der parlamentarischen Demokratie: England.

Bismarck hat die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes später bereut. Überlegungen, dieses mithilfe eines Staatsstreiches abzuschaffen, erwiesen sich als unrealistisch. Umso stärker verteidigten er und die Konservativen das Dreiklassenwahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus als eine der letzten Bastionen des Obrigkeitsstaates.

Obwohl die Reichsgründung im Juni 1871 in Berlin und anderen Orten überschwänglich gefeiert wurde, zählt zu ihren Schattenseiten, dass unmittelbar nach dem Ende des Krieges gegen Frankreich Konflikte mit sogenannten Reichsfeinden im Inneren ausbrachen. Zu diesen gehörten zunächst die Katholiken. Endgültig ihrer einstigen Schutz-



Siegesparade auf der Ludwigstraße in München am 16. Juli 1871. Gemälde von Louis Braun. Neben dem bayerischen König Ludwig II., der die Parade als seinen ersten »Vasallenritt« empfand, reitet der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm, der 1870/71 bayerische Truppen befehligt hatte.

macht Österreich beraubt, waren sie eine Minderheit im neuen, mehrheitlich protestantischen Reich. Innerhalb weniger Wochen brach über das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 beschlossene Unfehlbarkeitsdogma des Papstes und eine Petition, diesen im Kampf mit dem Königreich Italien um den Status des Kirchenstaates zu unterstützen, ein schon länger schwelender Grundsatzkonflikt zwischen Staat und Kirche aus. Bismarck und die Liberalen zogen dabei viele Jahre an einem Strang. Während Bismarck vor allem den Vorrang des Staates gegenüber anderen Autoritäten verteidigte, ging es den Liberalen in diesem »Kulturkampf«, so der Berliner Virologe und führende Liberale Rudolf von Virchow, darum, endgültig den Einfluss der Kirche in Staat und Gesellschaft zurückzudrängen und den säkularen Staat durchzusetzen. Mit einer Flut von Gesetzen griff der Staat seit 1872 in den Alltag der Katholiken ein. Die Wunden, die das Einsperren von Bischöfen, das Verbot von Messen und die Verdrängung der Kirchen aus dem Alltag mit polizeistaatlichen Mitteln schlugen, sollten über Jahrzehnte nicht verheilen.

Gleiches galt für die Sozialdemokraten. Deren Anspruch, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Sinne der Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels grundlegend zu verändern, untergrub aus Sicht der Regierenden, aber auch vieler Konservativer und Bürgerlicher die bestehende Ordnung. Das offene Bekenntnis der Sozialdemokraten zu diesen Prinzipien machte sie von Anfang an verdächtig, einen gesellschaftlichen »Umsturz« anzustreben. Attentate gegen Wilhelm I., mit denen die junge Partei nichts zu tun hatte, waren 1878 ein willkommener Anlass für das sogenannte Sozialistengesetz, das die Mitglieder der Partei zum Opfer jahrzehntelanger weitreichender Verfolgungen machen sollte. Anders als bei den Katholiken machte die Reichsleitung auch nach der Nichtverlängerung des »Sozialistengesetzes« 1890 keinen Versuch, die geschlagenen Wunden zu heilen. Auch die von Bismarck eingeführte moderne Sozialgesetzgebung war angesichts der fortdauernden Ausgrenzung der Arbeiterbewegung kein Mittel der Versöhnung. Dass die Arbeiter 1914 als das Reich aus ihrer Sicht in Gefahr war, ohne Zögern zu den Waffen eilten, zeigt ihre Bereitschaft, das Erreichte dennoch gegen einen Angriff zu verteidigen.

Zu den Schattenseiten der Reichsgründung gehört auch der Einfluss der »Halbgötter im Generalstab«, wie Bismarck die militärische Führung spöttisch nannte. Drei Siege hatten dem Militär im Rahmen der Reichseinigung einen Nimbus verschafft, der in manchen Krisen fatale Auswirkungen haben sollte. So beanspruchten die Militärs, in entscheidenden politischen Fragen gehört zu werden. Kaum weniger problematisch war das Eindringen militärischer Verhaltensweisen und Normen in den Alltag: Die besondere Bedeutung des Reserveoffizierpatentes für viele Bürgerliche, der Vorrang des Militärs vor Zivilisten bei öffentlichen Empfängen oder auch militärische Verhaltensweisen in Schulen und Betrieben sind dafür nur einige Beispiele.

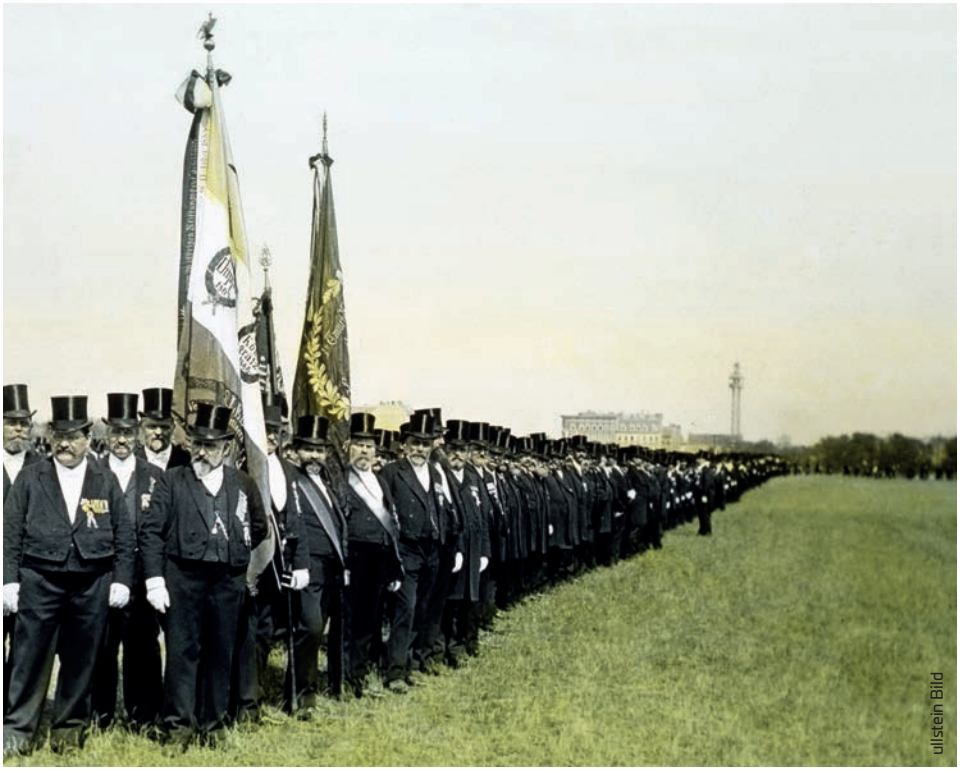
»Das Kaiserreich: eine Erfolgsgeschichte?«

Als das Reich 1871 gegründet wurde, war es ein vormoderner Agrarstaat, trotz mancher »Inseln« in Sachsen, in Berlin oder im Ruhrgebiet, in denen die Industrialisierung und Modernisierung bereits sichtbar war. Eine Fülle von Gesetzen schuf nach 1871 dann die Grundlagen für eine sich zunehmend beschleunigende Entwicklung von Industrie und Handel, aber auch von Technik und Wissenschaft. Nach der Jahrhundertwende war das Reich ein hochmoderner Industriestaat und global player, der das Mutterland der Industrialisierung, Großbritannien, in manchen Bereichen bereits überholt hatte. Damit einher ging eine Verbesserung der Lebensverhältnisse.

Mit der Reichsgründung war ein starker Staat in der Mitte Europas entstanden. Frankreich stand dem neuen Reich unversöhnlich gegenüber, weil es den Friedensvertrag mit Preußen im Mai 1871 als Demütigung empfand. Denn die französische Regierung musste in der Folge Elsass und Lothringen abtreten und eine Kriegsentschädigung in Höhe von fünf Milliarden Franc zahlen. Bismarck war sich



Kulturkampf: Bismarck und Papst Pius IX. Karikatur aus dem »Kladderadatsch«, 1875.



25-Jahrfeier zur Gründung des Deutschen Reiches auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin. Kriegervereine erwarten Kaiser Wilhelm II., 1. Juni 1896.

über das stark belastete Verhältnis zu Frankreich im Klaren. Allein deshalb war eine vorsichtige Außenpolitik das Gebot der Stunde, die deutlich machte, dass das Reich »saturiert« war. Mit einem Geflecht von Verträgen versuchte er, den großen europäischen Krieg zu verhindern. Seine Nachfolger haben im Hochgefühl der eigenen militärischen Stärke geglaubt, offensiver vorgehen und mehr riskieren zu können. 1914 mündete diese Risikobereitschaft in den Ersten Weltkrieg. An dessen Ende standen nicht der große Sieg und die Hegemonie in Europa, sondern die Niederlage und der Verlust von Teilen des Reiches.

Betrachtet man Reichsgründung und Kaiserreich aus der Rückschau, dann fällt die Bilanz gemischt, wenngleich differenzierter als noch vor 50 Jahren beim einhundertsten Jahrestag aus. Der einheitliche Nationalstaat, der vielfältige kulturelle Traditionen erhaltende wie fördernde bundesstaatliche Charakter sowie die Entwicklung von Industrie, Handel und Wissenschaft gehören zum positiven Erbe, das auch heute in der Bundesrepublik sichtbar ist – ebenso die Grundlegung des modernen Sozialstaates.

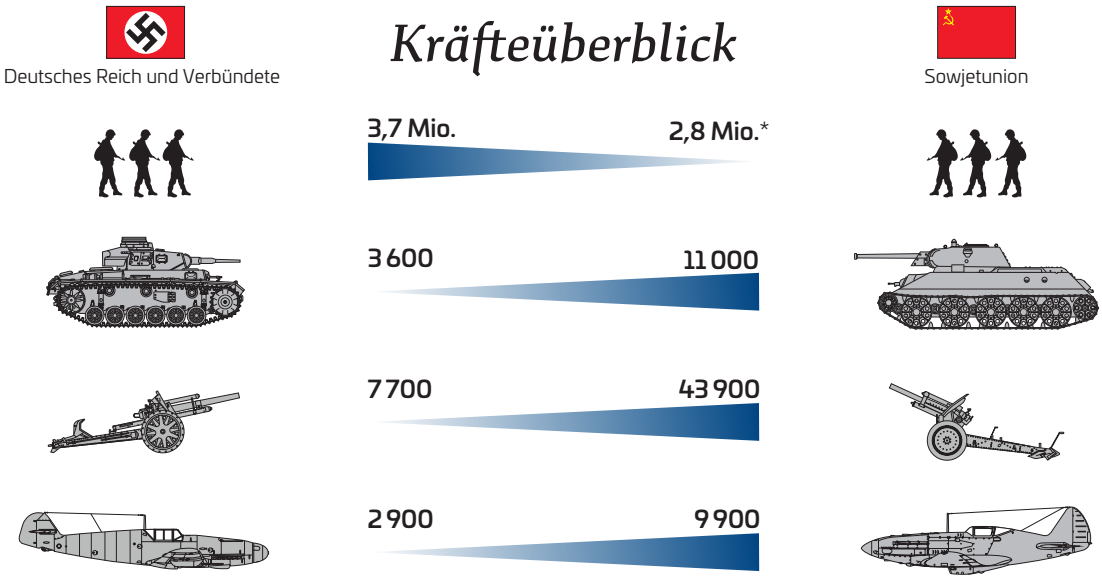
Zu den Schattenseiten zählen die Etablierung obrigkeitsstaatlicher Tendenzen und Verhaltensmuster, die den Weg hin zu einer wirklichen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft deutlich verlängerten. Damit verknüpft ist der steinige Weg zur Herausbildung von politischem Verantwortungsgefühl bei den Parteien und anderen gesellschaftlichen Akteuren. Opportunismus und Bequemlichkeit haben im Kaiserreich auch eine Scheu vor Verantwortung begünstigt, die sich in entscheidenden Situationen negativ auswirkte. Die Folgen zeigten sich 1918/19 in den Wirren der Revolution und im weiteren Verlauf der Weimarer Republik. Diese war keineswegs von vornherein zum Untergang verdammt. Das nationalsozialistische Regime war insofern keineswegs eine zwangsläufige Folge der Kaiserproklamation. An verschiedenen Stellen hätten die Hebel auch anders umgelegt werden können, wenn die Verantwortlichen dies gewollt hätten. Wie groß die Hoffnungen und wie offen die Zukunft war, zeigen die enthusiastischen Zeilen eines linken Liberalen und Bismarckgegners nach dem Sieg über Österreich und der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867, Hermann Becker: »Dass Preußen die Machtstellung gewonnen hat, die es gewonnen hat, das ist ein Glück für Deutschland, und ich hoffe auch für Europa.«

Dass die Geschichte einen anderen Weg genommen hat, hat niemand voraussehen können. Daher ist die Entstehung des Kaiserreiches und dessen weitere Entwicklung bei allen positiven Leistungen auch kritisch zu reflektieren und daraus für die Gegenwart zu lernen. Schwarz-weiß-rote Fahnen zeigen, dass diese Bereitschaft in manchen Kreisen nicht vorhanden ist. Umso wichtiger ist es, einer Verklärung der Reichsgründung den Boden zu entziehen. Diese ist »nur« ein Ereignis, aus dem es für Gegenwart und Zukunft zu lernen gilt.

Michael Epkenhans
war bis Ende März 2021 Leitender Wissenschaftler des ZMSBw.

Literaturtipp
Michael Epkenhans, Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, Ditzingen 2020.

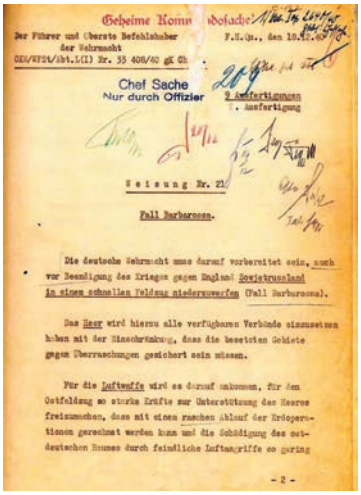
Unternehmen »Barbarossa«



* Nur die zunächst an der Westgrenze stationierten Truppen.
Zahlen gerundet nach: David M. Glantz, Stumbling Colossus. The Red Army on the Eve of World War, Lawrence, KS 1998, S. 294 f.; Rolf-Dieter Müller, Hitlers Wehrmacht 1935–1945, München 2012, S. 181.

»Barbarossa« – eine Chronik der Planungen

Im Sommer 1940 begannen im Oberkommando des Heeres (OKH) die Planungen für einen Krieg gegen die Sowjetunion. Neben den Ideen der Operationsabteilung legte Generalmajor Erich Marcks, Chef des Stabes der im Osten eingesetzten 18. Armee, im Auftrag des OKH Anfang August eine eigenständige Planungsstudie, den »Operationsentwurf Ost«, vor.


Geheime Kom[illegible]sache

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht

OKW/WFSt/Abt.L(I) Nr. 33 408/40 gK Ch

Chef Sache
Nur durch Offizier

2 Ausfertigungen
1. Ausfertigung

Weisung Nr. 21

Fall Barbarossa.

Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, dass mit einem raschen Ablauf der Kriegsoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering

- 2 -

Zugleich arbeitete im Wehrmachtführungsstab Oberstleutnant Bernhard von Loßberg bis Mitte September an einer »Operationsstudie Ost«, auch »Plan Fritz« genannt. In den folgenden Monaten koordinierte der neue Oberquartiermeister I im OKH, Generalleutnant Friedrich Paulus, die Weiterentwicklung der bisherigen operativen Ansätze. Am 5. Dezember stellte das OKH die Planung, die inzwischen den Decknamen »Otto« trug, dann Hitler vor. Zwei Wochen später, am 18. Dezember 1940, erließ Hitler schließlich seine Weisung Nr. 21 für den »Fall Barbarossa«. Die Gründe für den neuen Decknamen sind nicht hinreichend belegt. Loßberg beanspruchte 1956 die Namensidee für sich. Möglicherweise war es auch ein persönlicher Wunsch Hitlers. Im Juli 1937 hatte dieser den deutschen Kaiser Friedrich I. »Barbarossa« als denjenigen hervorgehoben, »der als erster den germanischen Kulturgedanken ausgesprochen und als Bestandteil seiner imperialen Mission nach außen getragen habe«. Ansonsten hatte sich Hitler jedoch kaum mit dem Staufer befasst. Die erste Aufmarschanweisung des OKH vom 31. Januar 1941 erhielt ebenfalls den Namen »Barbarossa«. *ch*



Propagandaschrift, Berlin/Leipzig 1941.



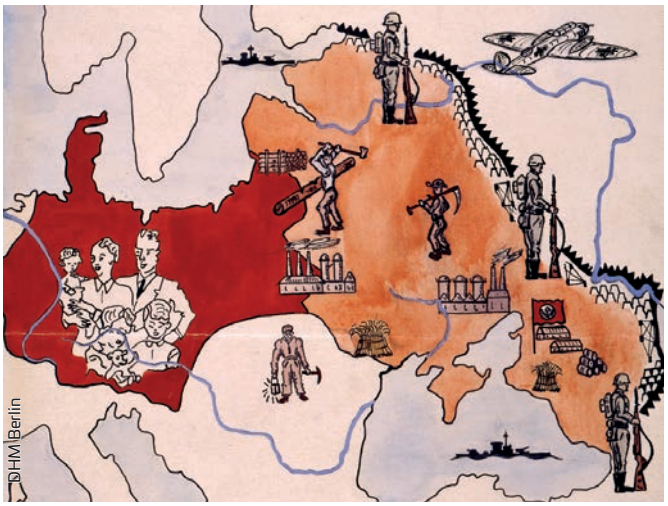
Antibolschewistisches Plakat, Dresden 1943.

Lebensraum

»Lebensraum« ist ein zentraler Begriff der NS-Ideologie zur Legitimation einer rassistisch begründeten gewaltsamen Expansion nach Osten. 1926 legte Adolf Hitler in seinem Buch »Mein Kampf« seine künftige Lebensraumpolitik detailliert dar: »Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.« Auch die Vision einer Besatzungspolitik war bereits in »Mein Kampf« vorskizziert. Nach Hitler konnte nur der Boden, aber niemals der Mensch »germanisiert« werden. Demnach gab es für ihn nur drei Handlungsoptionen im Umgang mit der Bevölkerung im neuen »Lebensraum«: Vertreibung, Versklavung, Vernichtung. Schon wenige Tage nach seiner Machtübernahme sprach er vor den Spitzen des Militärs von einer möglichen »Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung«. Im November 1937 machte Hitler noch einmal deutlich, dass die Raumfrage nur durch einen Krieg zu lösen sei. *ch*

NS-Propaganda

Hass auf Juden und den »Bolschewismus«, erweitert zum gemeinsamen Kampf gegen den »jüdischen Bolschewismus«, waren die zentralen Leitbilder der NS-Propaganda. Der Bolschewismus galt hiernach als die große Gefahr aus dem Osten; er bringe Brutalität und Elend, und mit seiner Hilfe wolle »der Jude« die Welt versklaven. Dem entgegen stand in der Argumentation der Nationalsozialisten die kulturell wertvolle, »heile Welt« unter ihrer Führung, die sich gegen die drohende Vernichtung wehren müsse. So sollten der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion in der Bevölkerung gerechtfertigt und der deutsche Sieg als Notwendigkeit zum Überleben dargestellt werden. *ch*



Propagandakarte, 1943: »Das Großdeutschland in der Zukunft« mit »Reichsraum« (rot) und »Vorfeld« (orange).

Überfall auf die Sowjetunion

Das Unternehmen »Barbarossa« 1941

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 entfachte Hitler seinen von Anfang an gewollten rasseideologischen Weltanschauungs-, Vernichtungs- und Eroberungskrieg. Der Krieg im Osten übertraf in vielerlei Hinsicht das bisher Bekannte: die Truppenstärken auf dem Schlachtfeld, die Zahl der Opfer und insbesondere der verbrecherische Charakter der Kriegführung.

Von Chris Helmecke



Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Deutsche Panzer und Schützenpanzerwagen an der Ostfront, 21. Juli 1941.

Sturmgeschütze gab es 1941 nur wenige. Stattdessen waren Pferde bei der Wehrmacht ein alltägliches Bild. 2,8 Mio. von ihnen kamen im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite zum Einsatz.



Sammlung Berliner Verlag/Archiv/Süddeutsche Zeitung Photo

Am frühen Morgen des 22. Juni 1941 überfiel das Deutsche Reich die Sowjetunion. Das Unternehmen »Barbarossa« hatte begonnen – und damit »Hitlers eigentlicher Krieg« (Jürgen Förster). Die Eroberung von »Lebensraum im Osten« war *das* Ziel, das Hitler schon in »Mein Kampf« formuliert hatte und das er sofort nach seiner Machtübernahme 1933 seinen Spitzenmilitärs mitteilte.

Der Krieg, den Hitler im September 1939 mit dem Überfall auf Polen auslöste, begann also nicht zufällig im Osten. Die französischen und britischen Kriegserklärungen zwangen den deutschen Diktator allerdings dazu, zunächst im Frühjahr 1940 eine Entscheidung im Westen herbeizuführen, um Rückenfreiheit für seinen Lebensraumkrieg im Osten zu haben. Mit dem etwa zeitgleichen Überfall auf Dänemark und Norwegen sollte zudem die Nordflanke gesichert werden. Das Eintreten Italiens in den Krieg im Juni 1940 und dessen Misserfolge bei seinen Annexionsbestrebungen auf dem Balkan verursachten allerdings für Hitler zusätzliche Komplikationen, sodass zuerst noch im Balkanfeldzug im Frühjahr 1941 die deutsche Südflanke gegen die Briten stabilisiert werden musste. Für die Wehrmacht ging so wertvolle Zeit verloren. Erst im Sommer 1941 war die Ausgangslage geschaffen, die Sowjetunion anzugreifen.

Der Krieg im Osten fußte eindeutig auf Hitlers Lebensraumprogramm. Doch wollte er sich so auch offensiv aus der strategischen Misslage eines drohenden Zweifrontenkrieges manövrieren, denn Großbritannien kämpfte unerwartet weiter und auch ein Kriegseintritt der USA drohte. Zugleich sollte der neue »Ostraum« dem Deutschen Reich die notwendige wirtschaftliche Unabhängigkeit für einen endgültigen Kampf gegen diese beiden Staaten verschaffen.

Kein Präventivkrieg

Ohne Kriegserklärung und unter Bruch des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom August 1939 überfielen die deutschen Truppen im Juni 1941 die Sowjetunion. Hitler ließ die Mär vom notwendigen Präventivschlag propagieren, wonach sich die Sowjetunion »gegen Deutschland gewandt« habe und »mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprungbereit aufmarschiert« sei. In der Tat war die Masse der sowjetischen Truppen an der Grenze versammelt. Aber das war Teil ihrer Doktrin der Vorwärtsverteidigung: Im Falle eines feindlichen Angriffs sollte der Krieg auf das gegnerische Territorium getragen werden.

Der sowjetische Diktator Josef Stalin glaubte an den Nichtangriffspakt und wartete seitdem zunächst die Auseinandersetzung der Kriegsparteien im Westen ab. Freilich hatte Stalin auch selbst weitreichende aggressive Ziele in Europa. Aber 1941 wollte er vorerst noch keinen großen Krieg. Im deutschen Generalstab lagen zudem »keine Anzeichen für russische Aktivitäten uns gegenüber vor«. Das deutsche Militär fühlte sich nicht von der Roten Armee bedroht. Umgekehrt ignorierte Stalin mehrere Warnungen seines Geheimdienstes vor einem deutschen Angriff. Somit gibt es kein Argument dafür, dass die Wehrmacht im Sommer 1941 einem drohenden sowjetischen Angriff durch einen Präventivschlag zuvorgekommen sei.

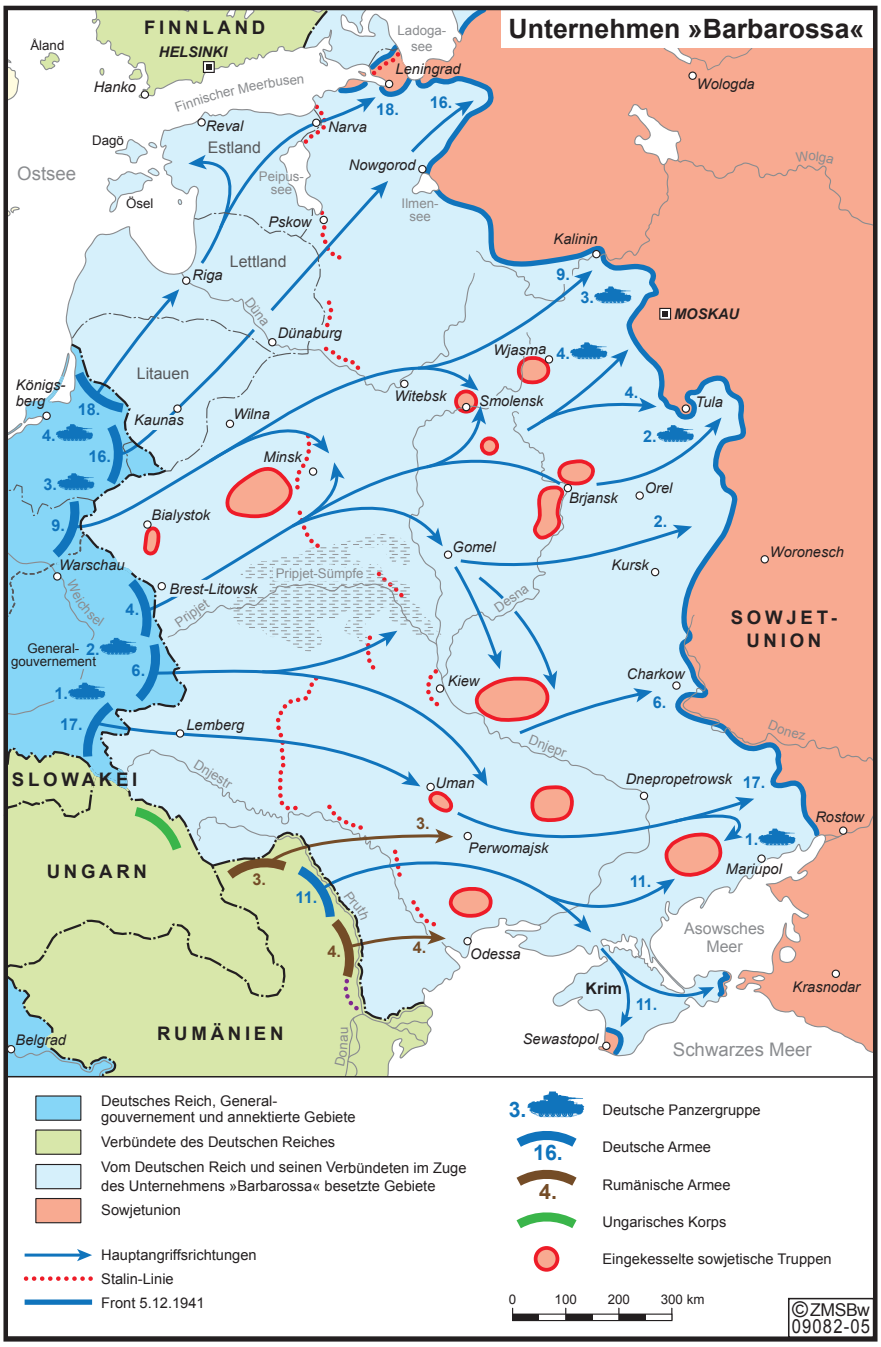
Im Osten erfolgte durch die Wehrmacht, so verkündete es Hitler in seiner Rundfunkansprache am 22. Juni, »ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der größte ist, den die Welt bisher gesehen hat«: etwa 150 Divisionen mit insgesamt über drei Millionen Mann. Hinzu kamen noch mehr als 600 000 verbündete Soldaten vor allem aus Finnland und Rumänien; ab dem Sommer 1941 schlossen sich noch Italien, Ungarn, die Slowakei und Kroatien dem Angriff des Deutschen Reiches an. Die Interessen der Verbündeten waren unterschiedlich. Vordergründig dominierten eine antikommunistische Motivation und die Hoffnung auf ein politisches Mitspracherecht in einem deutschdominierten Europa. Auch Freiwillige aus nord- und

westeuropäischen Staaten standen im Kampf gegen die Sowjetunion. Es blieb aber Hitlers Krieg. Erst später, als die Deutschen immer stärker auf die verbündeten Kräfte angewiesen waren, propagierte Hitler den gemeinsamen Kampf im Osten als einen »Kreuzzug Europas« gegen den Bolschewismus.

Dem gegenüber stand die Sowjetunion, ein riesiges Land, dessen Ressourcen an Menschen und Material grenzenlos erschienen. Das galt auch für ihre Streitkraft: die Rote Armee. Sie war 1941 mit 5,3 Millionen Soldaten die größte Landstreitmacht der Welt. Etwa die Hälfte davon war in den westlichen Militärbezirken stationiert. Zusätzlich verfügte sie noch über eine Reserve von zwölf Millionen Männern und Frauen. In den Jahren vor dem Krieg gegen das Deutsche Reich erlebten die sowjetischen Streitkräfte ein rapides Wachstum und eine enorme materielle Aufrüstung. Allerdings war der Großteil des Offizierkorps während Stalins »Säuberungen« Ende der 1930er Jahre verschiedenen Repressionen ausgesetzt; etwa zwei Drittel der Generalität wurde dabei liquidiert.

»Blitzkrieg«

Die drei Heeresgruppen des deutschen Ostheeres (Nord, Mitte, Süd) stießen mit ihren Panzerspitzen auf Leningrad, Moskau und Kiew vor. Sie erzielten schnell Erfolge und waren innerhalb einer Woche bereits bis zu 400 Kilometer weit vorgedrungen. Die Heeresgruppe Mitte konnte in zwei großen Kesselschlachten bei Bialystok und Minsk bis zum 9. Juli vier sowjetische Armeen zerschlagen und über 320 000 Gefangene machen. Dies gelang vor allem, weil die Masse des Gegners an der Grenze und nicht in einem tief gestaffelten Verteidigungssystem stand. An den Flanken konnten die sowjetischen Verbände zunächst nur frontal zurückgedrängt werden. Dennoch zeigte sich die deutsche militärische Führung optimistisch. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Franz Halder, hielt den Krieg im Osten bereits nach den ersten zwei Wochen für gewonnen, auch wenn er damit



rechnete, dass die Wehrmacht aufgrund des zähen Gegners und des schier endlosen Raumes noch viele Wochen bis zur Beendigung der Kämpfe brauchen würde.

Mitte Juli standen die deutschen Soldaten bereits an der sogenannten Stalin-Linie, einer verstärkten Verteidigungslinie der Roten Armee, die nahe der alten Grenze vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer reichte. Ein echtes Hindernis stellte diese aber für die Wehrmacht nicht dar. Es folgten weitere Erfolge: Im Mittelabschnitt der Front gingen nach der Kesselschlacht bei Smolensk Ende Juli etwa 310 000 sowjetische Soldaten in Gefangenschaft. Im Süden zerschlug die Wehrmacht im Kessel von Uman etwa 20 sowjetische Divisionen und brachte über 100 000 Gefangene ein. Das Konzept des »Blitzkrieges« schien aufzugehen.

Im Laufe des Augusts zeigte sich aber, dass der Krieg eben doch nicht so schnell zu Ende sein würde wie ursprünglich geplant. Der Kulminationspunkt des Angriffs schien überschritten zu sein. Der operative »Blitzkrieg« brachte zwar viele Einzelsiege, aber am Ende keine strategische Entscheidung. Da die sowjetischen Soldaten unerwartet heftigen Widerstand leisteten, waren die Durchbruchs- und Kesselschlachten für beide Seiten verlustreich. Die Wehrmacht begann sich allmählich »müde zu siegen« (Christian Hartmann).

Die taktischen und operativen Erfolge hatten einen täuschenden Nebel über eine fehlende Gesamtkriegsstrategie und den Zustand des Ostheeres gelegt. Die Wehrmacht war keineswegs in jeder Hinsicht eine moderne Armee. Im Grunde waren die deutschen Verbände durch den schnellen Aufwuchs seit 1935 meist improvisierte Kräfte. Sie verfügten daher über ein unterschiedliches Maß an Professionalität und Ausrüstung. Die Masse des Heeres bestand aus Infanteriedivisionen, die unzureichend mit schweren Waffen und Fahrzeugen ausgestattet waren. Die bewegliche Kriegführung bestimmten nur wenige motorisierte und gepanzerte Divisionen. Das deutsche Heer glich daher einer Lanze mit einer nur kurzen stählernen Spitze und einem langen hölzernen Schaft (Karl-Heinz Frieser). Doch diese Spitze war bereits nach einem Monat stumpf geworden, als die Stärken der Panzerdivisionen auf etwa die Hälfte abgesunken waren. Die deutschen Truppen konnten ihre Verluste, die in fast jedem Monat diejenigen des gesamten Westfeldzuges übertrafen, angesichts des zudem erheblichen materiellen Verschleißes nicht durch Reserven auffangen.

Die Nachschubproblematik nahm wegen der weiten Entfernungen und des miserablen Wetters stetig zu, sodass bald mehr Fahrzeuge durch Umwelteinflüsse und fehlende Ersatzteile als durch den Kampf verloren gingen. Währenddessen warf die Rote Armee immer wieder neue Kräfte in den Kampf. Statt mit den anfangs von den Deutschen berechneten 200 gegnerischen Divisionen hatte man es inzwischen mit 360 zu tun. Am 11. August musste Halder sich eingestehen, dass »der Koloss Russland […] von uns unterschätzt worden ist«.

Zwischen der Heeresführung und Hitler entstanden zudem Meinungsverschiedenheiten über die weitere operative Schwerpunktsetzung. Halder plädierte für einen zentralen Vorstoß auf Moskau, wo die Hauptkräfte der Sowjetunion geschlagen und die gegnerische Verteidigung in zwei Operationsräume getrennt werden sollte. Hitler hingegen zielte auf Rohstoffe und die sowjetische Industrie ab. Er strebte deshalb nach einer Entscheidung auf den beiden Flügeln: Im Norden sollte Leningrad fallen, eine wichtige Produktionsstätte für Panzer. Zugleich konnte damit eine Landverbindung zu Finnland hergestellt werden. Im Süden sollte in das ukrainische Getreidegebiet sowie das Industrie- und Kohlerevier im Donezbecken vorgestoßen werden. Hitler setzte sich durch und befahl, dass die Heeresgruppe Mitte zunächst zur Verteidigung überzugehen und mit stärkeren Kräften nach Süden abzudrehen habe. Nach einer Zangenoperation der beiden zuvor durch die Pripjet-Sümpfe getrennten Heeresgruppen Mitte und Süd konnten in der bis Ende September dauernden Kesselschlacht von Kiew 665 000 sowjetische Soldaten gefangen genommen werden.

> »Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad.«
>
> Hitler zur Führungsriege der Wehrmacht am 30. März 1941

Nach der Offensive im Süden wandte sich Hitler wieder einem Angriff auf Moskau zu. Die zeitlichen Voraussetzungen hatten sich nun allerdings erheblich verschlechtert, starke Regenfälle und die Schlammperiode standen kurz bevor. Erst Anfang Oktober, also fast zwei Monate später, begann das Unternehmen »Taifun«, der Vorstoß auf Moskau. Im Mittelabschnitt der Front ließ Hitler dazu etwa zwei Millionen Soldaten zusammenziehen. Der deutsche Diktator verkündete, der Gegner sei »bereits gebrochen« und werde »sich nie mehr erheben«. Die Offensive war zunächst auch erfolgreich: Die Doppelschlacht von Wjasma und Brjansk brachte bis zum 20. Oktober 673 000 Gefangene ein. Inzwischen waren damit über drei Millionen sowjetische Soldaten in deutscher Gefangenschaft. Die Schlammperiode und der zu früh einsetzende Winter bremsten allerdings den deutschen Vorstoß. Bis Anfang Dezember gelangten die deutschen Spitzen zwar noch bis auf etwa 30 Kilometer an Moskau heran, doch die immer schwächer werdende Offensive blieb schließlich liegen.

Winterkrise vor Moskau

Das Gros der sowjetischen Regierung war bereits aus Moskau evakuiert worden, doch Stalin verblieb mit einem kleinen Stab in der Hauptstadt, um die Abwehrschlacht zu organisieren. Die deutsche Feindaufklärung war unfähig zu erkennen, dass der sowjetische Diktator bis Ende November elf neue Armeen bereitgestellt hatte, darunter winterkampferprobte Truppen aus Sibirien. Die Rote Armee begann schließlich in der Nacht zum 6. Dezember ihre lang vorbereitete strategische Gegenoffensive. Die geschwächten deutschen Divisionen konnten dieser für sie überraschenden Wucht nicht standhalten und wurden teilweise bis zu 250 Kilometer zurückgeworfen; das war viel mehr als die von deutscher Seite dazu propagierten »Frontbegradigungen«. Die deutsche Ostfront stand mehrmals kurz vor dem Zusammenbruch, doch Stalin machte einen gravierenden operativen Fehler: Anstatt seine Kräfte in einem Abschnitt zusammenzufassen, ließ er entlang der gesamten Front angreifen. Damit erzielte die Rote Armee viele Einbrüche, aber keinen entscheidenden Durchbruch.

Das Misstrauen zwischen der Heeresführung und Hitler hatte sich derweil zunehmend verschärft. Am 19. Dezember übernahm der »Führer« selbst den Oberbefehl über das Heer und entband in den folgenden Tagen zwei Dutzend

»Verbrecherische Befehle«

Kriegsgerichtsbarkeitserlass
Offiziell: Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe. Der »Führererlass« vom 13. Mai 1941 verbot eine ordentliche gerichtliche Ahndung von Straftaten, die durch die sowjetische Zivilbevölkerung begangen wurden. Stattdessen erhielten die Offiziere die Genehmigung zum standrechtlichen Erschießen bereits von Tatverdächtigen. Außerdem existierte kein Verfolgungszwang gegenüber Angehörigen der Wehrmacht, die Verbrechen an der Zivilbevölkerung begingen.

Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland
Vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) am 19. Mai 1941 erlassen. Sie forderten von den Soldaten ein »rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes«.

Kommissarbefehl
Offiziell: Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare. Vom OKW am 6. Juni 1941 erlassen. Demnach waren Politoffiziere der Roten Armee nicht als Kriegsgefangene anerkannt, sondern »nach durchgeführter Absonderung zu erledigen«.

Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in allen Kriegsgefangenenlagern
Vom OKW am 8. September 1941 erlassen. Die Anordnungen sahen unter anderem die »Aussonderung« jüdischer und politisch verdächtiger Soldaten der Roten Armee vor. Einsatzkommandos der SS durchkämmten die Lager, erschossen diese Gefangenen oder schickten sie in Konzentrationslager.

Sühnebefehl
Offiziell: Erlass des Chefs des OKW vom 16. September 1941 über die Bekämpfung der kommunistischen Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten. Demnach seien für jeden aus dem Hinterhalt getöteten deutschen Soldaten 50 bis 100 Zivilisten hinzurichten.

höherer Truppenführer ihres Kommandos. Das Unternehmen »Barbarossa«, der avisierte »Blitzkrieg« im Osten, war endgültig gescheitert. Trotz der operativen Anfangserfolge schien ein strategischer Sieg im Osten nun in weite Ferne gerückt. Die eigenen Verluste von einer Million Mann waren nicht mehr zu kompensieren, die Wehrmacht hatte ihren Leistungszenit überschritten.

Vernichtungskrieg

Der Krieg im Osten war nicht nur wegen der enormen Truppenstärken auf dem Schlachtfeld einzigartig in seiner Dimension, sondern auch und gerade wegen seiner Entgrenzung der Gewalt. Er war mehr als nur ein militärisches Unternehmen – er war ein rasseideologischer Vernichtungskrieg. Dieser fußte auf verschiedenen Anordnungen, die in der Forschung als »verbrecherische Befehle« zusammengefasst werden und mehrheitlich vor Beginn der Kampfhandlungen erlassen worden sind. Sie führten zu einer »Verrechtlichung« des Unrechts und machten die eroberten Gebiete quasi zu einem rechtsfreien Raum für die deutschen Soldaten, der jeder Form von Willkür offene Türen bot.

Darunter litt vor allem die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten: zwischen 55 und 65 Millionen Menschen, damals etwa ein Drittel der sowjetischen Gesamtbevölkerung. Besonders hart traf sie die deutsche Hungerpolitik, bei der kriegswirtschaftliche Notwendigkeiten und ideologische Interessen zu einer todbringenden Katastrophe verschmolzen. Die Wehrmacht sollte aus dem Land ernährt werden. Dabei war der Hungertod von »zig Millionen Menschen« bereits vor der Offensive billigend in Kauf genommen worden. Eine der gravierendsten Katastrophen war die von September 1941 bis Ende Januar 1944 – fast 900 Tage – andauernde Belagerung von Leningrad. Hier verband sich die militärische Kriegführung mit der Ideologie des systematischen Genozids. Von den etwa 2,5 Millionen Einwohnern fanden schätzungsweise eine Million den Tod.

Die deutsche Besatzung in der Sowjetunion war indes nicht homogen. Sie hatte eine Spannweite, die von willkürlicher Gewalt bis hin zur Zusammenarbeit mit der Bevölkerung reichte. Es gab militärische Befehlshaber, die Handlungsspielräume nutzten und so Weisungen anpassten oder gar ignorierten. Die Gesamtschau der deutschen Besatzungsherrschaft im Osten blieb für die sowjetische Bevölkerung allerdings ein Unheil, gekennzeichnet durch Härte, Ausbeutung und Vernichtung.

Eines der brutalsten Wesensmerkmale des Ostkrieges war der Partisanenkrieg. Bereits am 3. Juli 1941 rief Stalin dazu auf. Die Bedrohung im Hinterland wurde neben dem Kampf an der regulären Front zu einer zusätzlichen Belastung für die deutschen Truppen. Per se ist eine Bekämpfung irregulärer Kräfte nicht verbrecherisch. Allerdings liegt der Unterschied in der praktischen Umsetzung. Beim Krieg im Osten ging es nicht mehr ausschließlich um die legale Abwehr irregulärer Kräfte. Nach Hitler bot der Partisanenkrieg »die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt«. Das Bedürfnis nach Sicherheit verschwamm mit ideologischen Vorstellungen. Der Kampf im Hinterland wurde somit Bestandteil des Vernichtungskrieges. Auch »Partisanenverdächtigen« drohte der Tod. Nach Ansicht des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, sollten für jeden aus dem Hinterhalt getöteten deutschen Soldaten als Sühne 50 bis 100 Zivilisten hingerichtet werden. Die Truppe habe dafür stets Geiseln in Bereitschaft zu halten. Ab 1942 hatte sich die sowjetische Partisanenbewegung allmählich organisiert und wurde zentral von Moskau koordiniert. Die deutschen Soldaten kämpften nun gegen eine »zweite Front« im Rücken. Durch Terror und sogenannte Großunternehmen sollten »bandenverseuchte« Regionen »gesäubert« werden. Doch der Partisanenkrieg traf vor allem die Zivilbevölkerung. Schätzungsweise nur ein Viertel der Todesopfer waren tatsächlich Partisanen.

Mit dem Krieg im Osten verschärfte das NS-Regime auch die brutale Ver-

folgung der Juden bis hin zum systematischen Völkermord. Sogenannte Einsatzgruppen der SS folgten den Frontverbänden und mordeten im Hinterland. Bereits in der ersten Woche des Ostkrieges wurden in Bialystok über 2000 Juden getötet, doch das war nur der Auftakt. Es folgten weitere unzählige Massenerschießungen. Das blutigste Massaker fand Ende September 1941 in Babi Jar, einer Schlucht bei Kiew, statt. Angehörige der Einsatzgruppe C ermordeten dort unter Mithilfe der Wehrmacht fast 34 000 Juden.

Die sowjetischen Juden bildeten die größte Opfergruppe bei den Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Auch vor Frauen und Kindern wurde kein Halt gemacht. Schätzungsweise starben etwa 2,4 Millionen Juden unter der deutschen Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion. Die Wehrmacht trug hier eine institutionelle Verantwortung: Sie unterstützte administrativ und logistisch diesen Völkermord. Nicht wenige Soldaten waren auch direkt daran beteiligt. Ein Widerstand höherer Militärs war kaum vorhanden. Ihr Verhalten reichte von einer Befürwortung bis zur resignierten Hinnahme des Geschehens.

Das umfangreichste Verbrechen, dessen sich die Wehrmacht direkt schuldig machte, war die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener. Von 5,7 Millionen kamen über drei Millionen im Verantwortungsbereich der Wehrmacht ums Leben – sie wurden erschossen, starben an Krankheiten, erfroren oder verhungerten. Das deutsche Kriegsgefangenenwesen bestand anfangs aus reiner Improvisation und erwies sich – als der Krieg nicht wie geplant mit einem raschen Sieg endete – als völlig überfordert. Nachdem im Herbst 1941 die Rationen der Gefangenen bereits erheblich reduziert worden waren, ging der Generalquartiermeister, Generalmajor Eduard Wagner, Mitte November noch einen Schritt weiter: Nichtarbeitende Kriegsgefangene hatten zu verhungern. Das war ein Todesurteil. So lag die Todesrate der sowjetischen Kriegsgefangenen im Winter 1941/42 bei etwa zwei Drittel aller Gefangenen. Ein Umdenken und teilweise Verbesserungen erfolgten erst ab dem Frühjahr 1942, als die Deutschen verstärkt auf die Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft zurückgreifen mussten.


Bundesarchiv, Bild 1011-212-0221-07

Erschießungskommando exekutiert sechs Männer, September 1941.

Ein ausdrücklicher Tötungsbefehl galt für gefangen genommene jüdische Soldaten sowie Politoffiziere, die sogenannten Kommissare. Schätzungsweise bis zu 10 000 Kommissare wurden erschossen. Der zugrundeliegende »Kommissarbefehl« vom 6. Juni 1941 wurde von Teilen der Soldaten erbarmungslos umgesetzt, andere wiederum äußerten ihren Widerspruch, vor allem weil die Politoffiziere nur umso erbitterter kämpften, wenn sie keine Chance hatten, eine Gefangennahme zu überleben. Derartige Bedenken der Truppe waren stark genug, um Hitler zu bewegen, den Befehl im Mai 1942 versuchsweise aufzuheben. Er setzte ihn später nicht mehr in Kraft.

Der Krieg im Osten war für Hitler von Anfang an ein ideologischer Kampf, das Militär ein notwendiges Mittel, um die Voraussetzungen für die Vernichtung zu schaffen. In der verbrecherischen Praxis spiegelte sich die Unmenschlichkeit der NS-Ideologie wider. Militärisch zeigte »Barbarossa« zudem deutlich die Grenzen der deutschen Kriegführung auf, die trotz ihrer offenkundigen Überlegenheit auf taktischer und operativer Ebene kein strategisches Konzept besaß. Das misslungene Unternehmen »Barbarossa« leitete das unausweichliche Scheitern der deutschen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg ein, denn das Deutsche Reich verfügte über keine ausreichenden Ressourcen für einen jahrelangen Weltkrieg. Die Verluste, die es bereits 1941 in der Sowjetunion erlitt, konnte es nicht mehr ausgleichen. Von nun an arbeitete die Zeit für die Anti-Hitler-Koalition. Der Krieg war strategisch verloren – darüber konnten auch die wiederholten operativen Erfolge der Wehrmacht bis 1943 nicht mehr hinwegtäuschen.

Chris Helmecke
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich »Deutsche Militärgeschichte bis 1945« am ZMSBw.

Literaturtipps

Michael Epkenhans/John Zimmermann, Die Wehrmacht – Krieg und Verbrechen, Ditzingen 2019.
Christian Hartmann, Unternehmen Barbarossa. Der deutsche Krieg im Osten 1941–1945, München 2011.



akg-images/Sputnik

Unsichtbare Gefahr

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986

Von Cornelia Juliane Grosse

26. April 1986, 01:23 Uhr: Tiefste Nacht umgibt die Stadt Prypjat in Norden der damals noch sowjetischen Ukraine und das nahegelegene Atomkraftwerk von Tschernobyl, als eine heftige Detonation der nächtlichen Ruhe und dem bisherigen Leben in der Stadt ein Ende bereitet. Während die Bewohner Prypjats aus dem Schlaf gerissen werden, springen im Kontrollraum des vierten Blocks von Tschernobyl die Lämpchen, welche die Radioaktivitätslevel anzeigen, von Grün auf warnendes Rot. Der Reaktorblock war soeben explodiert.

Obwohl die Ursachen für die Explosion bis heute nicht vollständig geklärt sind, wird eine Kombination aus technischen Mängeln des Reaktors und menschlichem Versagen für den Unfall verantwortlich gemacht. Ein Sicherheitstest sollte zeigen, ob der Reaktor im Fall einer geringen Leistung noch ausreichend Energie produzieren würde. Als die Techniker während der Überprüfung die Wasserzufuhr zum Reaktor drosselten, fiel dessen Leistung jedoch zunächst sehr stark und stieg dann innerhalb von Sekunden schlagartig an – der Reaktor überhitzte. Eine Reihe unvorhergesehener Reaktionen führte in der Folge zum Unglück.

Der explodierte Reaktorkern setzte Unmengen an Radioaktivität in die Umwelt frei. Die Katastrophe entfaltete ihr gesamtes Ausmaß jedoch erst in den folgenden Wochen und Monaten, in denen Tschernobyl zum Sperrgebiet erklärt und Zehntausende aus der Region evakuiert wurden. Ein Großteil der Schäden war dabei für das bloße Auge unsichtbar. Der Fotograf Igor Kostin war einer der wenigen, die das Geschehen unmittelbar nach dem Unglück für die Außenwelt festhielten. Und doch zeigen seine Bilder des zerstörten Reaktors nur die direkt sichtbare Dimension der Katastrophe. Die weit folgenreichere und langlebigere Gefahr ist auf den Bildern nur sekundär wahrnehmbar: die radioaktive Strahlung. Sie zeigt sich in Form der in Schutzkleidung gehüllten Helfer, oder noch indirekter in der durch die Radioaktivität verursachten schlechten Qualität des Bildmaterials.

Bei der Beseitigung der Folgen der Katastrophe fiel dem Militär eine entscheidende Rolle zu. Aus allen Regionen der Sowjetunion wurde militärisches Personal zusammengezogen, das als Teil der »Liquidatoren« die entstandenen Schäden beseitigen (»liquidieren«) sollte. Insgesamt kamen in Tschernobyl zwischen 600 000 und 800 000 dieser »Liquidatoren« zum Einsatz. Während fast alle später schwer erkrankten, sind präzise Angaben zu den Todesfällen bis heute umstritten.

Zu den Aufgaben der »Liquidatoren« zählten unter anderem unmittelbare Aufräumarbeiten, der Bau von Versorgungsstraßen, die Durchführung von Evakuierungsmaßnahmen und das Arbeiten an der ersten Schutzhülle des Reaktors. Ausgestattet waren sie in der Regel nur mit rudimentärer Schutzkleidung, teilweise schlicht mit den regulären Militäruniformen. Wie gefährlich die Aufgabe war, ahnte kaum einer der Eingesetzten.

Eine der heikelsten Arbeiten bestand in den Aufräumarbeiten auf dem Dach der dritten Reaktoreinheit. Teile des vierten Reaktorkerns waren bei der Explosion hierher geschleudert worden. Angesichts der exorbitant hohen Strahlungswerte versagte selbst die Technik hochentwickelter Mondroboter. So blieb letztlich nur der Einsatz von Menschen, die auch als »Bioroboter« bezeichnet wurden, für diese Arbeiten. Die »Liquidatoren« arbeiteten in Zweierteams. Lediglich etwa 90 Sekunden durften sie aufgrund der hohen Strahlung auf dem Dach verbringen. Dies genügte zumeist nur, um eine einzige Schaufel radioaktiven Materials über den Dachvorsprung zu werfen. 3828 Männer führten im Herbst 1986 über zwölf Tage diese gefährlichen Arbeiten aus

Die Sowjetunion bemühte sich, das schwere Unglück so lange wie möglich vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Auch diese Aussage steckt in dem Bild Igor Kostins, das als eines der wenigen unmittelbaren bildlichen Zeugnisse die Katastrophe darstellt und die restriktive Bildpolitik der Sowjetunion deutlich werden lässt. Doch letztlich gelang es nicht, das Unglück von Tschernobyl zu verheimlichen. Die radioaktive Wolke verbreitete sich unaufhaltsam und zog bis nach Nord- und Mitteleuropa. In Schweden schlugen die Messstationen zuerst Alarm. In der Bundesrepublik Deutschland und weltweit löste die Nachricht der sich ausbreitenden radioaktiven Wolke »Atomangst« in der Bevölkerung aus.

Die sowjetische Führung unter Staats- und Parteichef Michael Gorbatschow geriet durch das Unglück von Tschernobyl international massiv unter Druck. Obwohl sie sich zunächst in üblicher Form bemühte, die Ereignisse herunterzuspielen und zu vertuschen, trugen die Vorfälle um Tschernobyl letztlich zu einem Umdenken innerhalb der sowjetischen Führungsriege und zur Durchsetzung der Politik von »Glasnost« (Transparenz) und »Perestroika« (Umgestaltung) bei. Damit kann »Tschernobyl« auch als Teil des Ursachenkomplexes gewertet werden, der letztlich zum Zerfall der Sowjetunion bis 1991 führte.

Unterschätzte Rivalin

Die Entstehung der Royal Australian Navy

Die Fokussierung der Royal Navy auf die europäischen Gewässer Anfang des 20. Jahrhunderts führte zur Gründung der Royal Australian Navy, die nun anstrebte, den Südpazifik zu kontrollieren. Die deutsche Kaiserliche Marine unterschätzte diese neue Seestreitkraft und musste gegen sie zu Beginn des Ersten Weltkrieges eine Niederlage hinnehmen.

Von Tim Döbler



akg-images/picture-alliance/WZ-Bilddienst

Kleiner Kreuzer »Emden« als Wrack am Strand bei den Kokosinseln nach dem Gefecht mit HMAS »Sydney«. Ein Kutter mit Matrosen rudert vom Wrack weg.

Am Morgen des 11. November 1914 berichtete der »Newcastle Morning Herald and Miner's Advocate«: »Emden von H.M.A.S. Sydney zerstört«. Zwei Tage zuvor hatte der deutsche Kleine Kreuzer SMS »Emden« (SMS steht für: »Seiner Majestät Schiff«) versucht, die Funkstation auf dem Archipel der Kokosinseln zu zerstören, um die Kommunikation zwischen Europa und Australien zu unterbrechen. Den britischen Funkern gelang es zuvor, eine Notmeldung abzusetzen, welche der erste australische Truppenkonvoi, der in Richtung Europa unterwegs war, auffing. Der Leichte Kreuzer HMAS »Sydney« (HMAS kennzeichnet australische Kriegsschiffe als »His Majesty's Australian Ship«) wurde daraufhin entsandt, um der Funkstation zur Hilfe zu kommen. Vor Ort überraschte die »Sydney« die vor Anker liegende »Emden«. Es kam zu einem Gefecht, in dem die »Sydney« die »Emden« kampfunfähig schoss. Für die noch junge Royal Australian Navy war dies ihre Feuertaufe und zugleich der erste Erfolg in einem Seegefecht.



Australisches »Schutzbedürfnis«

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts baute Großbritannien entlang der australischen Küste Sträflingskolonien auf, um die eigenen Gefängnisse zu entlasten. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Kolonien mussten nun den klimatischen Bedingungen sowie der Gewalt und der Korruption der Wachsoldaten trotzen. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte aufgrund eines befürchteten französischen und russischen Vordringens in die Region eine allgemeine Invasionsangst. Diese Angst vor feindlichen Angriffen führte zu zwei parallelen Entwicklungen: Erstens wurde 1859 durch die britische Royal Navy ein permanent vor Ort präsenter Flottenverband, die Australia Station, aufgestellt, der die äußere Sicherheit der britischen Kolonien in der Region gewährleisten sollte. Zweitens wurde den Kolonien 1865 erlaubt, eigene Seestreitkräfte aufzustellen. Diese heute als Colonial Navies bezeichneten Verbände bestanden jedoch nur aus wenigen hundert Seeleuten, waren mit einigen Kanonenbooten ausgestattet und durften lediglich zum Schutz der wichtigsten Häfen eingesetzt werden. Die Royal Navy behielt dabei weiterhin das Kommando über die Verteidigung. Die britische Admiralität nahm an, dass es zu diplomatischen Verwicklungen führen könnte, wenn den Colonial Navies zu viel Autonomie gewährt werden würde.

Zusätzlich zu den bestehenden Verteidigungsmaßnahmen schloss die britische Regierung 1887 mit den australischen Kolonien ein Marineabkommen, durch das neben der regulären Australia Station ein Unterstützungsverband aus Einheiten der Royal Navy aufgestellt wurde. Die Einheiten der Australia Station konnten im Notfall auch in andere Teile des britischen Empires verlegt werden. Dieser zusätzliche Verband sollte nun an die australischen und neuseeländischen Gewässer gebunden sein und nur unter der Zustimmung der Kolonialregierungen verlegt werden dürfen.

Ein nächster Schritt auf dem Weg zur eigenen Marine erfolgte am 1. März 1901, als die Colonial Navies zu den Commonwealth Naval Forces zusammengefasst wurden. Möglich wurde dies, da sich die sechs britischen Kolonien auf dem australischen Kontinent zwei Monate zuvor zu einem Dominion, einem halbsouveränen Staat innerhalb des Empires, genannt Commonwealth of Australia, zusammengeschlossen hatten und sich eine eigene Verfassung geben durften.

Der erste australische Verteidigungsminister, John Forrest, war ein Verfechter der Idee einer eigenen Marine, da er das Unterstützungsgeschwader der Australia Station für inadäquat hielt. Auf der 1902 in London tagenden Colonial Conference wurde die maritime Verteidigung des britischen Weltreiches schließlich eingehend besprochen. Ihr australischer Teilnehmer, Premierminister Edmund Barton, warb bei der britischen Admiralität für eine eigenständige australische Marine, allerdings ohne Erfolg. Die australische Zielsetzung, künftig über eigene Seestreitkräfte zu verfügen, wurde durch die britische Admiralität nicht geteilt, da eine zeitnahe Umsetzung nicht möglich schien. Auch Barton sah dies aufgrund der finanziellen Last ein und stimmte einer Erneuerung des Marineabkommens mit Großbritannien zu. In der australischen Öffentlichkeit wurde diese Vereinbarung als Niederlage empfunden und erfuhr deshalb großen Widerstand.

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen der folgenden Jahre bestärkten die Gegner des Abkommens weiter, da die Vorherrschaft der Royal Navy auf den Weltmeeren immer mehr durch andere Großmächte bedroht schien und die Fokussierung der Royal Navy auf die Nordsee als Rückzug empfunden wurde. Ende 1904 wurde der bisherige Kommandeur der Colonial Navy der ehemaligen Kolonie Victoria, (Naval) Captain William Creswell, zum Director of Naval Forces

der Commonwealth Naval Forces ernannt. Wie andere Politiker verfolgte auch er das Ziel einer eigenständigen Marine und versuchte daher, die Öffentlichkeit entsprechend zu sensibilisieren. Dabei standen die Commonwealth Naval Forces vor einer großen Herausforderung: Der Fokus der Verteidigungsanstrengungen lag auf den Landstreitkräften, da australische Truppenkontingente bereits in fast allen kolonialen Konflikten der britischen Krone zum Einsatz kamen. Hinzu kam das mangelnde Interesse der britischen Admiralität, eine Australia Station mit modernen Schiffen zu unterhalten.

Das Jahr 1909 läutete die endgültige Wende für die Befürworter einer australischen Marine ein. Angestoßen durch den First Sea Lord, Admiral Sir John Fisher, plante die Royal Navy den Aufbau von kleineren Verbänden, den sogenannten Fleet Units, unter anderem in Kanada, Neuseeland und Australien. Sie sollten den Pazifik für Großbritannien sichern, zur Abschreckung der deutschen Kaiserlichen Marine dienen und der Royal Navy gleichzeitig erlauben, alle weiteren Kräfte und Anstrengungen in Europa und der Nordsee zu konzentrieren. Die Fleet Units sollten aus je einem Schlachtkreuzer, drei Leichten Kreuzern und mehreren Zerstörern sowie U-Booten bestehen. Am Ende war es allein Australien, das dem Plan zustimmte und eine Fleet Unit erhielt. Am 10. Juli 1911, noch vor der Fertigstellung aller Einheiten, wurden die Commonwealth Naval Forces und die Fleet Unit aufgewertet und durch König Georg V. die Royal Australian Navy gegründet. Im Oktober 1913 liefen die australischen Einheiten mit dem modernen Schlachtkreuzer HMAS »Australia« als Flaggschiff schließlich in den Hafen von Sydney ein.

Das Deutsche Reich war durch seine kolonialen Besitzungen im Pazifik seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein direkter Nachbar Australiens. Darüber hinaus besaß es mit Tsingtau, dem heutigen Qingdao, einer Hafenstadt im Norden Chinas, einen Stützpunkt und mit dem dort stationierten Ostasiatischen Kreuzergeschwaders einen Verband der Kaiserlichen Marine, der permanent in der Region präsent war. Der Erwerb des Pachtgebietes Kiautschou 1897/98 und der anschließende Ausbau Tsingtaus zum Flottenstützpunkt durch das Deutsche Reich war unter anderem der Bedeutung Chinas und des Pazifiks in den kolonialen Bestrebungen und strategischen Planungen fast jeder Kolonialmacht von besonderer Bedeutung. Nachdem die Flottenstärke Japans aufgewachsen war und der Einfluss der USA im Pazifik erheblich zugenommen hatte, war von deutscher Seite für den Fall eines Konfliktes mit einer oder mehreren Großmächten geplant, den Handelsschiffsverkehr im Pazifik mit Kreuzern zu stören. Zu diesem Zweck benötigte die Kaiserliche Marine eigentlich Stützpunkte in Übersee, von denen aus die Kreuzer operieren konnten. Allerdings blieb Tsingtau der einzige befestigte deutsche Stützpunkt.

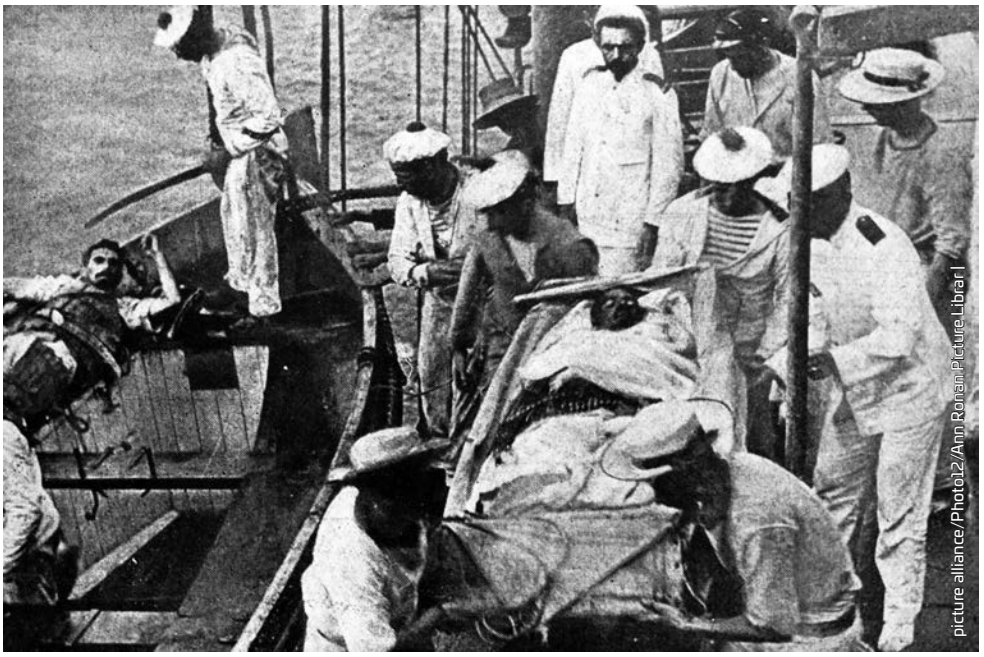
Gleichzeitig blieben die Pläne der Kaiserlichen Marine zur Störung des Handelsverkehrs jedoch bestehen und schlossen Australien sowie die umgebenden Handelsrouten mit ein. Zum einen sollte der Handel wichtiger Rohstoffe und Waren mit Großbritannien unterbunden und zum anderen die öffentliche Meinung in Australien beeinflusst werden. Die maritimen Entwicklungen in Australien wurden aufmerksam beobachtet. Auf deutscher Seite wurde auf Spannungen zwischen Großbritannien und Australien wegen ihrer verschiedenen Interessen gehofft, die für die eigenen Zwecke genutzt werden konnten oder gar zum Zerbrechen des britischen Empires führen würden.

Die Kaiserliche Marine erfuhr schließlich vom Aufbau einer australischen Fleet Unit, im Auswärtigen Amt wurde dem aber kaum Bedeutung beigemessen. Es wurde die Meinung vertreten, dass die zuvor im australischen Parlament geführte Debatte mehr auf »Rhetorik als auf Fachwissen beruhte.«

Vizeadmiral Maximilian Reichsgraf von Spee, seit 1912 Kommandeur des Ostasiatischen Kreuzergeschwaders, ging in seinen Überlegungen davon aus, dass die Regierung in Melbourne ihre Schiffe nicht außerhalb der australischen Gewässer operieren lassen würde. Daher hielt zunächst auch er an den Planungen fest, im Falle eines Konfliktes einen Handelskrieg im Pazifik zu führen. Tatsächlich schien ihm die Verschiebung des Kräfteverhältnisses im


United Archives/TopFoto/Süddeutsche Zeitung Photo

Der Schlachtkreuzer HMAS »Australia« der Royal Australian Navy, 1914.



Überlebende des Seegefechtes vom 9. November 1914.

Südpazifik zu seinen Ungunsten durch die HMAS »Australia« durchaus bewusst gewesen zu sein. Denn Erfolg erwartete er für seinen Verband lediglich für den Fall, dass er vollständig unentdeckt operieren konnte. Mit den damals recht begrenzten Mitteln der Nachrichtenübermittlung und der Seeraumüberwachung schien dies zumindest für einen begrenzten Zeitraum möglich.

Operationen

Vizeadmiral von Spees und die allgemeine Haltung im Auswärtigen Amt sollten sich allerdings als Fehleinschätzung erweisen. London und Melbourne vereinbarten, dass die Schiffe der Royal Australian Navy im Falle eines Krieges unter britisches Kommando gestellt werden würden. Dies geschah auch, als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, doch die australischen Einheiten wurden zunächst nicht verlegt. Ihr Flottenchef, Rear Admiral George Patey, zog in den ersten Augusttagen seine Einheiten nordöstlich des australischen Festlandes zusammen, um das deutsche Ostasiatische Kreuzergeschwader aufzuspüren. Nach letzten Informationen wurde ein Teil der deutschen Schiffe, darunter die Großen Kreuzer SMS »Scharnhorst« und SMS »Gneisenau«, in der Bucht von Rabaul in Papua-Neuguinea vermutet. Als Patey dort im September 1914 eintraf, fand er zwar kein deutsches Kriegsschiff, es gelang aber, die deutsche Kolonie einzunehmen. Als Vizeadmiral von Spee die Nachricht vom australischen Vorgehen erhielt, befand er sich mit seinen Einheiten auf See, auf dem Weg durch den Pazifik in den Atlantik, um von dort den Versuch zu unternehmen, in die Heimat zu gelangen. Die SMS »Emden« war bereits bei Kriegsbeginn für unabhängige Operationen vom Kreuzergeschwader entlassen worden.

Der Grund für dieses Vorgehen seitens Vizeadmiral von Spees ergab sich vermutlich aus der strategischen Ausgangslage. Seit den ersten Augusttagen wusste er, dass sich das Deutsche Reich mit Russland, Frankreich und Großbritannien im Krieg befand, und am 13. August erfuhr er, dass Japan auf Seiten der Entente in den Krieg eingetreten war. Dadurch schrumpfte der Operationsradius des Ostasiatischen Kreuzergeschwaders massiv zusammen. Ob bewusst oder unbewusst trug man mit dem Heimatkurs von deutscher Seite zum ersten Mal der Tatsache Rechnung, dass die Royal Australian Navy mit HMAS »Australia« über ein Großkampfschiff verfügte, das dem Ostasiatischen Kreuzergeschwader in Panzerung, Reichweite und Durchschlagskraft überlegen war. Durch die Besetzung der deutschen Kolonien im Pazifik und das Gefecht zwischen HMAS »Sydney« und SMS »Emden« konnte die Royal Australian Navy ihren Wert innerhalb kürzester Zeit unter Beweis stellen und erste Kampferfahrungen sammeln. Nach der Vernichtung des Ostasiatischen Kreuzergeschwaders durch Einheiten der Royal Navy am 6. Dezember 1914 vor den Falklandinseln wurde es zudem möglich, die Schiffe der Royal Australian Navy mit neuen Aufträgen zu betrauen. Im weiteren Verlauf des Krieges kamen ihre Einheiten auf allen Kriegsschauplätzen zum Einsatz und wurden erst nach Kriegsende wieder in Australien zusammengezogen.

Tim Döbler
ist Marineoffizier und Militärhistoriker. Er forscht im Schwerpunkt zu Themen der Marinegeschichte.

Literaturtipp
Christian Jentzsch/Jann M. Witt, Der Seekrieg 1914–1918. Die Kaiserliche Marine im Ersten Weltkrieg, Darmstadt 2016.

Der Siebenjährige Krieg 1756–1763



akg/North Wind Picture Archives

Übergabe von Louisbourg in Kanada an die Briten unter General Jeffrey Amherst, Holzstich, 19. Jahrhundert.

Was haben die Romanfiguren Chingachgook, Häuptling der Mohikaner, und sein weißer Blutsbruder Falkenauge mit den realen Personen Friedrich der Große, Maria Theresia sowie Siraj-ud-Daula, dem Herrscher von Bengalen, gemeinsam? Sie alle sind in der Zeit des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) zu verorten. Die traditionelle deutsche Erzählung blendete jedoch alle Personen außer Friedrich und Maria Theresia aus und degradierte den globalen Siebenjährigen Krieg zum 3. Schlesischen Krieg. Preußen hatte bereits 1740 das zuvor österreichische Schlesien erobert und in der Folgezeit in zwei Kriegen verteidigt.

Seit Mai 1756 gab es eine neue Koalition gegen Friedrich II.: Österreich, Sachsen, Frankreich, Russland, später Schweden und das Heilige Römische Reich. Preußen, verbündet mit Großbritannien sowie Hannover, sah sich bedroht und marschierte am 29. August in Sachsen sein. Es folgten eine Reihe preußischer Siege (Roßbach, Leuthen, Prag), die aber dem Gegner keine entscheidende Niederlage beibrachten und schon gar nicht die Koalition sprengten. Die Koalition wiederum brachte Preußen einige Verluste bei (Kolin, Hochkirch, Kunersdorf), nutzte militärische Vorteile aber oft nicht aus, war sich uneins und verpasste somit den Gesamtsieg. Der Tod der russischen Zarin Elisabeth 1762, deren Nachfolger Zar Peter III. preußenbegeistert war, ließ Russland schließlich aus der Koalition ausscheiden.

Global aber hatte der Konflikt schon seit 1754/55 an ganz anderer Stelle zwischen Franzosen und Briten sowie ihren indigenen Verbündeten im Ohiotal geschwelt. Hier wurde bereits geschossen; die formale Kriegserklärung folgte am 17. Mai 1756. Die Kämpfe Frankreichs und Spaniens gegen Großbritannien zu Land sowie zur See fanden weltweit statt. Es wurde blutig um die Besitzungen in Nordamerika inklusive Kanada, bezeichnet als sogenannter French and Indian War, gerungen, sowie in Florida, in der Karibik, in Afrika, auf den Philippinen und in Indien, genannt 3. Karnatenkrieg, gekämpft.

Aus dieser Warte war Friedrichs Kampf nur ein »Nebenkriegsschauplatz«, was er nach britischem Willen auch bleiben sollte. Der König von Großbritannien, preußischer Hauptkriegsfinanzier, war zugleich Kurfürst von Hannover und wollte sein Festlandsterritorium schützen, was ihm 1759 beim Sieg über das französisch-sächsische Heer in der Schlacht bei Minden auch gelang.

Der Friede von Paris 1763 beendete schließlich den weltweiten Kampf und schrieb britische Gewinne in Kanada, Louisiana und Indien fest. Die britischen Zahlungen an Friedrich endeten, alle waren kriegsmüde und schlossen daher für Europa 1763 den Frieden zu Hubertusburg.

Harald Potempa

Die Versenkung der »Bismarck«

1941

Während der ersten Hälfte des Zweiten Weltkriegs führte die Kriegsmarine sowohl einen U-Boot- als auch Überwasserhandelskrieg gegen Großbritannien. Seinen Höhepunkt erreichte der ozeanische Handelskrieg in Atlantik und Nordmeer im Frühjahr 1941. Neben den für diese Kampfweise gebauten Panzerschiffen setzte die Seekriegsleitung auch ihre wenigen Schlachtschiffe ein, um die Kräfte der Royal Navy zu binden. Das modernste und neueste deutsche Schlachtschiff war die 250 Meter lange und über 50 000 Tonnen schwere »Bismarck«. Auf dem neuesten Stand der Technik war sie ihren britischen Gegnern ebenbürtig. Der erste Kampfeinsatz der »Bismarck« war das Unternehmen »Rheinübung« im Mai 1941. Zusammen mit dem Schweren Kreuzer »Prinz Eugen« sollte sie in den Atlantik vorstoßen, um dort Handelskrieg zu führen. Aufgrund einer schlechten Planung der Kriegsmarine klärten die Briten die Operation allerdings schon in der Ostsee auf. Die Royal Navy war gewarnt und wollte den Verband abfangen.



IMAGNO/Votava/Süddeutsche Zeitung Photo

Britische Kreuzer spürten die deutschen Schiffe auf und führten eigene Schlachtschiffe heran. Am 24. Mai 1941 kam es in der Dänemarkstraße zwischen Grönland und Island zum Gefecht. Die »Bismarck« versenkte zunächst den britischen Schlachtkreuzer »Hood«. Nun setzte die Royal Navy alles daran, den deutschen Verband vollständig zu versenken. Nach einem Torpedotreffer durch ein Trägerflugzeug am 26. Mai war die »Bismarck« fast manövrierunfähig. Überlegene britische Kräfte versenkten schließlich am nächsten Tag das angeschlagene Schlachtschiff etwa 400 Seemeilen vor der französischen Küste. Von mehr als 2200 Mann Besatzung überlebten nur 115. Nach diesem Verlust beendete die Kriegsmarine ihre atlantische Überwasserhandelskriegführung.

Christian Jentzsch

Sophie Scholl

1921–1943

Das wird Wellen schlagen«, soll Sophie Scholl kurz vor ihrer Hinrichtung am 22. Februar 1943 gesagt haben. Die 21-jährige Studentin und Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime hat Recht behalten. Dabei war Sophie Scholl, wie auch ihr Bruder Hans, zunächst begeistert von dem Gemeinschaftsideal in der NS-Gesellschaft. 1934 trat sie den Jungmädeln bei und wurde bald Gruppenführerin. 1942 folgte sie ihrem Bruder Hans zum Studium nach München. Dieser hatte dort einen Freundeskreis aufgebaut, der ähnlich wie die liberal und christlich erzogenen Geschwister dachte und durch die Ablehnung des NS-Regimes geeint war. Im Sommer 1942 erschien das erste Flugblatt der »Weißen Rose«. Sophie Scholl war nachweislich an der Erstellung und Verbreitung des fünften Flugblattes im Januar 1943 beteiligt.



Geschwister-Scholl-Archiv/Süddeutsche Zeitung Photo

Das sechste und letzte Flugblatt erschien kurz nach der Schlacht von Stalingrad. »Es gärt im deutschen Volk: Wollen wir weiter einem Dilettanten das Schicksal unserer Armeen anvertrauen?«, hieß es darin. Bei der Verteilung des Flugblattes an der Universität am 18. Februar 1943 wurden die Geschwister entdeckt und verhaftet, zwei Tage später auch ihr Mitstreiter Christoph Probst.

Die Flugblätter, so berichtete es später Gestapo-Kommissar Robert Mohr, der die Verhöre durchführte, hatten »bis in höchsten Stellen Beunruhigung und Aufsehen hervorgerufen«. So kam Roland Freisler, der berüchtigte Präsident des Volksgerichtshofs, persönlich nach München, um den »Prozess« zu leiten. Christoph Probst, Sophie und Hans Scholl wurden wegen »landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung« zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde noch am selben Tag per Fallbeil vollstreckt.

Friederike Höhn



»Braune Nostalgie«?

Die Skandale der 1970er Jahre und die historische Bildung in der Bundeswehr

Im Mai 2020 machen Ermittler auf dem Privatgrundstück eines Angehörigen der Bundeswehr ein Waffenlager ausfindig. Neben Sprengstoff und Munition findet sich auch NS-Literatur in dem Versteck. Eine Verbindung zu rechtsextremistischen Kreisen ist nicht ausgeschlossen. Derartige Verdachtsfälle lösen immer wieder Empörung inner- wie außerhalb der Streitkräfte aus. Sie sind jedoch nicht erst ein Phänomen der Gegenwart.

Von Cornelia Juliane Grosse

In den 1970er Jahren führten ähnliche Vorfälle zu einem nachhaltigen Diskurs über die Notwendigkeit von historischer Bildung in der Gesellschaft und den Streitkräften. Ausgangspunkt hierfür war die Zeit nach dem Regierungswechsel am Ende der 1960er Jahre, die durch einen Mangel an historischem Interesse und historischer Bildung gekennzeichnet war. In der 1969 geformten Koalition aus SPD und FDP unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde der Sozialdemokrat Helmut Schmidt Verteidigungsminister. Schmidt begann seine Amtszeit mit einem umfassenden Reformpaket. Eine der weitreichendsten Maßnahmen war die Einführung eines Universitätsstudiums für Offiziere als regulärer Teil ihrer Ausbildung. Die von Schmidt berufene Bildungskommission unter Vorsitz des Politikwissenschaftlers Thomas Ellwein hatte die Integration eines akademischen Studiums in der Offizierausbildung empfohlen, auch um die Attraktivität des Offizierberufes zu erhöhen. Denn die Bundeswehr litt unter Nachwuchssorgen. Die Ausbildungsqualifikation zum Offizier sollte daher nun durch einen vollwertigen akademischen und zivilberuflich verwertbaren Abschluss ergänzt werden. Zu diesem Zweck gründete die Bundeswehr eigene Hochschulen in Hamburg und München, die 1973 den Betrieb aufnahmen. Nur folgerichtig hatte diese Umstrukturierungsmaßnahme eine Reform der gesamten Offizierausbildung zur Folge.

Der Verlust der Geschichte

Zunächst erscheint es als ein Widerspruch, dass ausgerechnet die historische Bildung durch Schmidts Reformpaket in besonderer Weise in Mitleidenschaft gezogen wurde. Denn diese war zwar eigentlich fester Bestandteil der Offizierausbildung, ihre Anteile wurden im Zuge der Reformmaßnahmen jedoch in allen Ausbildungsgängen entweder ganz gestrichen oder massiv gekürzt und zumeist ans Ende der Ausbildung verbannt. Offensichtlich war man in weiten Kreisen der politischen und militärischen Führung der Ansicht, dass nun ein fachliches Studium für die geistige Bildung der Offiziere genüge. Die verantwortlichen Planer ignorierten weitestgehend, dass die historische Bildung eine ganz eigenständige Zielsetzung verfolgt: die Förderung von Geschichtsbewusstsein als wesentliche Voraussetzung für die Fähigkeit und Bereitschaft des Einzelnen zur mündigen Teilnahme an der politischen Willensbildung und zur engagierten Mitgestaltung der Gesellschaft.

Die Ansicht, dass historische Bildung entbehrlich sei, existierte zu dieser Zeit nicht nur in der Bundeswehr: Auch in den Schulen wurden die Stunden für den Geschichtsunterricht drastisch reduziert und etablierte Historiker mussten sich Fragen wie »Wozu noch Geschichte?« oder »Welchen Nutzen hat Geschichte?« stellen. Der Blick war nach vorn in die Zukunft gerichtet und da schien es vielen für angebracht, sich noch weniger als zuvor schon mit der Vergangenheit, vor allem mit dem negativ aufgeladenen Nationalsozialismus zu befassen. Diese Geschichtsvergessenheit der Gesellschaft sollte gerade vor dem



Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt (SPD) im Dialog mit Soldaten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine, 20. November 1970.

Hintergrund der deutschen Geschichte nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Der »Fall Rudel«

Im Oktober 1976 lud das Aufklärungsgeschwader 51 »Immelmann« Hans-Ulrich Rudel als ehemaligen Kampfflieger und Kommodore des vormaligen Stuka-Geschwaders »Immelmann« zu einem Traditionstreffen in den Fliegerhorst der Bundeswehr im südbadischen Bremgarten ein. Dies warf Fragen auf: Rudel galt einerseits als erfolgreichster Kampfpilot der Luftkriegsgeschichte. Andererseits blieb er zeitlebens ein überzeugter Nationalsozialist und kandidierte unter anderem noch bei der Bundestagswahl 1953 als Spitzenkandidat für die rechtsextreme Deutsche Reichspartei. Ihn in der Bundeswehr offiziell zu empfangen, führte zunächst zu massiver Kritik in der Öffentlichkeit. Zum handfesten politischen Skandal entwickelte sich der Vorfall, als hochrangige militärische Persönlichkeiten Rudel in Schutz nahmen. So rechtfertigten die beiden Luftwaffengenerale Walter Krupinski und Karl-Heinz Franke die Einladung Rudels und verteidigten sie, indem die Generale die nationalsozialistische Belastung Rudels mit der kommunistischen Vergangenheit Herbert Wehners gleichsetzten, der damals als Fraktionsvorsitzender der regierenden SPD im Bundestag saß. Damit war das Maß voll. Beide Generale mussten ihren Posten räumen und auch der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hermann Schmidt (SPD), der die Veranstaltung genehmigt hatte, trat nach nur einem Jahr im Amt zurück.

Die antisemitischen Vorfälle an der Hochschule der Bundeswehr München

Die Bundeswehr kam nach dem Skandal jedoch nicht zur Ruhe. Im Februar 1977, kein halbes Jahr nach der Rudel-Affäre, traf es die erst wenige Jahre zuvor eingerichtete Hochschule der Bundeswehr in München. Erneut stand der Vorfall in Zusammenhang mit der nationalsozia-



Geschändeter jüdischer Friedhof in Hannover-Bothfeld, April 1977.

listischen Vergangenheit. Ein gemeinsamer Abend jüngerer Offiziere artete aus. Beim Verbrennen von Abfällen sangen die Anwesenden nationalsozialistische Lieder; »Sieg Heil«-Rufe ertönten in der Runde. Die Gruppe steigerte sich immer weiter in ihr Verhalten und am Ende entzündeten einige der beteiligten Offiziere sogar Papierreste sowie Kartonteile und sprachen dabei von »Judenverbrennung«. Andere Offiziere erkannten die Grenzüberschreitungen, beendeten das unsägliche Treiben und meldeten den Vorfall. Versuche des damaligen Hochschulpräsidenten, Horst von Engerth, das Geschehen im eigenen Zuständigkeitsbereich zu klären, scheiterten jedoch.

Im September 1977 titelte die »Frankfurter Rundschau«: »Dann lasst uns doch Juden verbrennen«, als sie über den Vorfall an der Hochschule berichtete. Ein Aufschrei ging durch Öffentlichkeit und Politik. Auch im Verteidigungsministerium war man über die Vorfälle nicht informiert worden. Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) entsandte daraufhin den Stellvertretenden Generalinspekteur, Generalleutnant Rüdiger von Reichert, zur Untersuchung der Vorgänge an die Hochschule. Reichert stellte fest: Die beteiligten Soldaten hätten NS-Symbole verwandt und damit nach seiner Bewertung den Eindruck erweckt, sie verherrlichten nationalsozialistisches Gedankengut. Damit verstießen sie gegen das Soldatengesetz. Obwohl Reichert zu dem Schluss kam, dass den Handlungen keine demokratiefeindliche Gesinnung zugrunde gelegen habe, waren harte disziplinarrechtliche Konsequenzen für die Beteiligten die Folge. Unter anderem wurden sechs Offiziere, die noch nicht länger als vier Jahre Soldat auf Zeit waren, fristlos entlassen.

Auf dem Marsch nach rechts?

Zu den Ereignissen um Rudel und an der Hochschule in München gesellten sich in dieser Zeit weitere Vorfälle, wie etwa Hakenkreuz-Schmierereien auf einer Seminararbeit an der Hochschule in München und judenfeindliche Äußerungen unter anderem durch den damaligen Leutnant Michael Kühnen, der 1977 aufgrund von rechtsextremistischen Aussagen entlassen wurde. All dies verstärkte den Eindruck, dass es in den Streitkräften demokratiefeindliche Tendenzen gab. Was war nur in der Bundeswehr los? Sie war definitiv kein gesellschaftlicher Sonderfall. Denn es schien sich in dieser Zeit eine Form der »braunen Nostalgie« breit zu machen, die im In- und Ausland kritisch und besorgt beobachtet wurde. Dies zeigte sich etwa in der Schändung jüdischer Friedhöfe und in Umtrieben neonazistischer Gruppen, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vermehrt auf sich aufmerksam machten. Ausländische Medien schürten Ängste, die Bundesrepublik befände sich insgesamt »auf dem Marsch nach rechts«. Eine mangelnde Sensibilität mit dem Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit war allenthalben spürbar.

Ursächlich hierfür war nicht zuletzt das zunehmende Defizit an historischer Bildung. Die grassierende Geschichtsvergessenheit in Deutschland beförderte ein inakzeptables Verhalten, das sich in der Bundeswehr zu veritablen Krisen ausweitete. Für sie hatten die Vorfälle eine besondere Brisanz: Sie war zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gerade unter der Prämisse gegründet und aufgebaut worden, dass »etwas grundlegend Neues« zu schaffen sei. Ein kritisches Geschichtsbewusstsein war eine der Grundvoraussetzungen für die Verwirklichung des diesem Zweck dienenden Leitbildes des Staatsbürgers in Uniform. Doch die schon bis Ende der 1960er Jahre nur bruchstückhafte Befassung mit der deutschen Vergangenheit, verlor mit der zunehmenden Vernachlässigung der Geschichte im Lauf der 1970er Jahre weiter an Boden. Gegenmaßnahmen waren erforderlich.



Der Stellvertreter des Generalinspekteurs, Generalleutnant Harald Wust (2. v.r.), verwies 1976 anlässlich der Einführung des neuen MGFA-Amtschefs, Oberst Othmar Hackl (r.), auf die Bedeutung der historischen Bildung für die Bundeswehr.

Aus der Geschichte für die Demokratie lernen

In der Bundeswehr leiteten die militärische und politische Führung Schritte ein, um diesem akuten »Geschichtsverlust« entgegenzuwirken. Bundespräsident Walter Scheel hielt auf der 22. Kommandeurtagung im April 1978 fest: »Auch die Bundeswehr ist Ergebnis eines historischen Prozesses.« Sie müsse sich daher des historischen Ortes der Streitkräfte bewusst werden, um den Wert der Demokratie zu begreifen. »Das heißt zunächst«, so Scheel weiter, »die Bundeswehr darf die Militärgeschichte nicht isoliert betrachten.« Problematische und dunkle Epochen der deutschen Geschichte dürfe man nicht verdrängen. Ein entscheidender Schritt war in der Folge die »Weisung zur Verbesserung der historischen Bildung in der Bundeswehr«, die Generalinspekteur Harald Wust im August 1978 herausgab. Im Kern ging es darum, Themen der Zeitgeschichte und des Nationalsozialismus der Truppe besser verfügbar zu machen.

Eine stärkere Einbindung des bereits 1957 gegründeten Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) in die historische Bildung sollte das Anliegen des Generalinspekteurs sicherstellen. Diese forderte Wust an zentraler Stelle in der Weisung: »Die Vermittlung historischen Wissens in der Aus- und Weiterbildung sowie die Pflege der Tradition leiden unter dem Mangel, dass die Ausbeute der allgemein- und militärgeschichtlichen Forschung nicht in hinreichendem Maße für den praktischen Gebrauch in der Truppe aufbereitet und weitergegeben wird.« Um diesem Mangel abzuhelfen, sollten im MGFA vermehrt Lehrunterlagen und Materialien für Gedenktage und die politische und historische Bildung erarbeitet werden. Der Generalinspekteur nahm das MGFA erstmals in dieser Deutlichkeit in die Pflicht: »Dieser Auftrag hat gegenüber den bisherigen Schwerpunktaufgaben Priorität.« Der historischen Bildung wurde nach den Skandalen ein immens gesteigerter Stellenwert zuteil. Dazu erhielt das damals in Freiburg gelegene Forschungsamt eine neue Abteilung »Ausbildung, Information, Fachstudien«, die entsprechend der hohen Priorisierung durch den Generalinspekteur mit Personal ausgestattet wurde.

Die Skandale der 1970er Jahre führten zu der Erkenntnis, dass historische Bildung wieder verstärkt werden müsse. Allerdings betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Andreas von Bülow (SPD), bereits Ende 1977 im Kontext dieser Entwicklungen, dass es nicht allein Aufgabe der Bundeswehr sei, eine angemessene Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu fördern. Nur die Schaffung eines gesellschaftlichen und geschichtlichen Bewusstseins könne Rückfälle in »vergangenheitsbezogene Denkweisen« verhindern, wie sie in den Vorfällen um Rudel und der Hochschule in München deutlich geworden waren. Die Grundlagen hierfür würden bereits in Schule und Elternhaus gelegt. In der Bundeswehr könne dieser Prozess eben nur fortgeführt werden. Die Skandale in der Bundeswehr legten somit auch ein gesamtgesellschaftliches Defizit offen, dem ab Ende der 1970er Jahre durch eine Stärkung von historischer Bildung entgegengewirkt werden sollte.

Das Zurückfahren historischer Bildungsmaßnahmen in den 1990er Jahren und die erneute Zunahme von Vorfällen mit rechtsextremistischem Hintergrund zeigen jedoch: Historische Bildung ist eine Daueraufgabe, welcher der notwendige Raum gegeben werden muss, um eine in allen Bereichen geschichtsbewusste Gesellschaft zu gestalten.

Cornelia Juliane Grosse
ist wissenschaftlichere Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung des ZMSBw.

Literaturtipp
Martin Rink, Die Bundeswehr 1950/55–1989, Berlin 2015.

Bücher



Reichseinigung

Wie das Zitat »Blut und Eisen« Otto von Bismarcks historisch eingeordnet werden muss, schildert Christoph Jahr in seinem Buch über den Prozess der Reichseinigung zwischen 1864 und 1871. Lesenswert ist es vor allem, weil es nicht nur die Perspektiven der handelnden Akteure aufzeigt, sondern auch die Wahrnehmung der Kriege durch die Bevölkerung beleuchtet.
Mit vielen Zitaten zeichnet er die unterschiedlichen Perspektiven von Nationalisten über Liberale bis hin zu Pazifisten nach. Dadurch legt der Autor dar, dass es eben nicht nur in Preußen kriegstreibende Kräfte gab, sondern auch in Dänemark, Österreich, Frankreich und in den deutschen Mittelmächten. Gleichzeitig wird deutlich, dass Bismarck die lenkende Kraft während der Gründungsphase des Deutschen Kaiserreichs war. Neben dem historischen Abriss der wichtigsten Ereignisse, wendet sich Jahr der Rezeptionsgeschichte dieser Ära, ihrer späteren Instrumentalisierung und Glorifizierung, zu.

Christian Jentzsch

Christoph Jahr, Blut und Eisen. Wie Preußen Deutschland erzwang. 1864–1871, München 2020. ISBN 978-3-406-75542-2, 368 S., 26,95 Euro

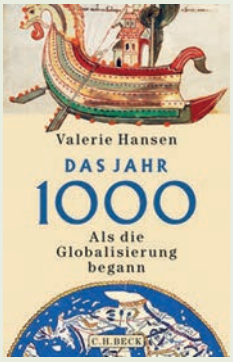


Das deutsche Kaiserreich

Christoph Nonn hat mit diesem Buch eine inhaltlich ausgewogene, sprachlich flott und humorvoll gehaltene sowie analytisch dicke Bretter bohrende Studie zur Geschichte des Deutschen Kaiserreiches verfasst. Dem Ziel, eine multiperspektivische Darstellung, eine Art Kaleidoskop des Kaiserreiches zu bieten, wird er gerecht.
In zwölf Kapiteln erfahren die Leser beispielsweise mehr zu den antisemitischen »Ritualen der Demütigung« im westpreußischen Konitz oder zur Tirpitzschen Flottenpolitik. Auch folgende Phänomene finden Platz in Nonns Panorama: 1914 habe es nicht die eine »Julikrise« gegeben, sondern jede Großmacht habe ihre eigene Julikrise durchlebt. Ferner hätten deutsche Kinder den Begriff »Engländer« während des Krieges als Beleidigung genutzt.
Insgesamt ist dieser farbenprächtigen Darstellung eine breite Leserschaft zu wünschen.

Victor Marnetté

Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreiches 1871–1918, München 2020. ISBN 978-3-406-75569-9, 687 S., 34,00 Euro



Das Jahr 1000

Nach Valerie Hansen begann bereits im Jahr 1000 die Globalisierung. Denn: Ausgedehnten Handel zwischen den Kontinenten Afrika, Europa, Asien und Amerika gab es damals schon. Auch der Waren-, Ideen-, Religions- und Pilgerverkehr auf den vier Erdteilen blühte.
China importierte etwa arabische Keramik, da die qualitativ hochwertigeren eigenen Brennöfen schlicht zu kostenintensiv waren. Nicht zuletzt blühte der Handel mit Sklaven aus Afrika, aber nicht nach Amerika, sondern zu den Märkten in Basra, Bagdad, Kairo und Oman. Hinzu kamen diejenigen aus (Ost-)Europa; die Worte Sklave und Slave sind verwandt.
Bemerkenswert ist der weltweite Blick des Buches. Hansen weist darauf hin, dass es vielfältige Quellen in verschiedenen Sprachen neben darauf fußenden Studien zu dieser Thematik gibt. Das Verdienst der Autorin ist deren Auswertung und Zusammenführung.

Harald Potempa

Valerie Hansen, Das Jahr 1000. Als die Globalisierung begann, München 2020. ISBN 978-3-406-75530-9, 393 S., 29,00 Euro



Deutsche Krieger

Gibt es eine spezifische Militärkultur, die sich seit dem Kaiserreich über alle Brüche hinweg in deutschen Armeen etabliert hat? Oder gar einen »Kult deutscher Krieger«, der auch die heutige Bundeswehr prägt?
In sechs Hauptkapiteln spürt Sönke Neitzel, vom Kaiserreich bis in die Berliner Republik, von den Reichseinigungskriegen bis hin zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, diesen Fragen nach und findet eine eindeutige Antwort: Nicht die Zäsuren in der Geschichte prägen in erster Linie das deutsche Militär, sondern spezifische »tribal cultures« der Truppengattungen, die den inneren Zusammenhalt gewährleisten.
Dieser These muss man nicht zustimmen, doch man sollte sich mit ihr auseinandersetzen. Für dieses Buch kann für jeden an Militärgeschichte Interessierten nur gelten: Lesen und diskutieren – das entspricht in jedem Fall der inneren Führungskultur der Bundeswehr!

Cornelia Juliane Grosse

Sönke Neitzel, Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Berlin 2020.
ISBN 978-3-843-72370-1, 816 S.,
35,00 Euro



Spiel der Könige

Die Plantagenets herrschten von 1154 bis 1399 über England sowie Teile Frankreichs. Der gelbe Ginster gab dem Königshaus nachträglich den Namen: lateinisch planta genista, französisch plante genêt.
Die sieben Plantagenet-Könige führten Neues ein: Englisch statt Latein als Amtssprache, die Magna Charta und die Anfänge des Parlamentarismus. Die berühmtesten Herrscher: Richard Löwenherz und sein Bruder Prinz John. In ihrem Umfeld sind die Geschichten um Robin Hood angesiedelt.
Die Geschichte der Plantagenets war ohne Zweifel ein »Spiel der Könige«, aber eines, das für Gefolgsleute, Gegner und Untertanen äußerst blutig war. Dan Jones arbeitet die grausamen Intrigen, politischen Hochzeiten und Kriege heraus. Am Anfang standen viele kleine sich bekämpfende Adelshäuser. Am Ende war daraus eine mächtige Krone geworden, die die Anfänge des Parlamentarismus sowie in Teilen des staatlichen Gewaltmonopols schuf.

Harald Potempa

Dan Jones, Spiel der Könige. Das Haus Plantagenet und der lange Kampf um Englands Thron, München 2020.
ISBN 978-3-406-75581-1, 686 S.,
29,95 Euro



Waffen-SS in Italien

Im Herbst 1944 töteten Soldaten der Waffen-SS in und um das norditalienische Dorf Marzabotto etwa 770 Zivilisten, darunter 213 Kinder. Es war das schlimmste Kriegsverbrechen in Italien im Zweiten Weltkrieg.
Daran beteiligt war auch Marcel Grob, der sich dafür 2009 vor einem italienischen Gericht verantworten musste. Philippe Collin, Großneffe Grobs, erzählt die Geschichte des 1926 im Elsass geborenen Mannes, der im Juni 1944 für die Waffen-SS zwangsrekrutiert wurde.
In der Graphic Novel erzählt Grob seine Geschichte selbst, und zwar dem Untersuchungsrichter. In den Rückschauen existieren keine Farben. Die Panels sind in Grau- und Sepiatönen gefasst. Rot leuchten sie im Angesicht der brennenden Kirche von Marzabotto, verstören durch ihre Intensität und bleiben im Gedächtnis hängen.
Im Anhang gibt es ein Glossar des französischen Historikers Christian Ingrao zur Geschichte von SS und Waffen-SS.

Friederike Höhn

Philippe Collin/Sébastien Goethals, Die Reise des Marcel Grob, Bielefeld 2019.
ISBN 978-3-96219-320-1, 192 S.,
29,80 Euro

Medien

Chernobyl

HBO/Sky, 2019, 5 Folgen, FSK 16.
Verfügbar als DVD/Blu-ray oder als Video On Demand

Düster, packend, nichts für einen oberflächlichen Unterhaltungsabend. So kann man die von HBO produzierte Mini-Serie »Chernobyl« beschreiben. In fünf Episoden wird das Geschehen rund um das Reaktorunglück vom 26. April 1986 dargestellt.
Nicht grundlos führte die Serie mehrere Monate die Seriencharts an, denn eindrücklich und geradezu bedrückend authentisch werden die Geschehnisse der Katastrophe, das nachfolgende Chaos sowie die Desorganisation beim Versuch der Eindämmung und Vertuschung dargestellt. Man spürt förmlich die Verzweiflung der Techniker, die in absoluter Dunkelheit durch radioaktiv verseuchtes Wasser waten müssen, was das Tickern der Messgeräte geräuschvoll anzeigt, die Wut und Hoffnungslosigkeit der Experten, die sich bemühen, den brennnenden Reaktor zu löschen und die Radioaktivität einzudämmen. Besorgt erkennt man die Unwissenheit aber auch Arglosigkeit der »Liquidatoren«, die in Zelten in der Sperrzone kampieren und in rauen Mengen Vodka trinken, um dadurch vermeintlich die Radioaktivität abzuwehren, sowie die kühle Distanziertheit der Politkader in Moskau, die am runden Tisch über das Schicksal Tausender verhandeln. Im Kern ist die Serie eine Erzählung über das Unglück von Tschernobyl, aber sie geht weit darüber hinaus. »Chernobyl« thematisiert die inneren Mechanismen der häufig so undurchsichtig erscheinenden Sowjetunion, die Implikationen einer auch heute kontroversen Technik wie der Atomenergie und die Auswirkungen des Umgangs mit einer unsichtbaren Gefahr. In dieser Hinsicht ist Tschernobyl uns heute vermutlich näher, als dem einen oder der anderen lieb sein wird.



Cornelia Juliane Grosse

Im Westen Nichts Neues

Erich Maria Remarque,
Im Westen nichts Neues. Hörspiel,
Der Audio Verlag, Berlin 2020.
ISBN 978-3-7424-1645-2,
2 CDs, ca. 1 Std. 48 min, 15,00 Euro

Himmelstoß! Der berüchtigtste Unteroffizier der deutschen Literaturgeschichte fehlt selbstverständlich nicht in der gekürzten Hörspielfassung des wohl bekanntesten Antikriegsromans. »Im Westen nichts Neues«: Paul Bäumers Weg vom Abiturienten zum desillusionierten Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg gehört zu den meistgelesenen Büchern weltweit. Mehr als 20 Millionen Exemplare wurden seit der Erstveröffentlichung 1928 verkauft.
Kemmerich, Tjaden, Müller, Kropp, Bäumer – junge Männer, die »nichts wissen vom Leben«, ziehen 1914 in den Krieg.



Aber eigentlich verstehen sie nicht einmal, wofür sie kämpfen. Um die paar Meter vor ihnen? Für jeden Meter ein Toter. Wie sollten sie es auch verstehen? Ihre Welt war bislang das Gymnasium, jetzt ist es die Westfront. Eine verlorene Jugend.
Regisseurin Christiane Ohaus inszeniert das Hörspiel nach dem Klassiker von Erich Maria Remarque fast ausschließlich mit der Stimme von Patrick Güldenberg. Im Maschinengewehrstakkato feuert der Schauspieler Silben ab. Wiederholt. Verhallt. Die Eintönigkeit des Schützengrabens, die gleichbleibende Kulisse aus Granateinschlägen, Geschrei und Trommelfeuer, die unheimliche Stille, die Langeweile durch ewige Wiederholung: Allein mit seiner Stimme überträgt Güldenberg die sich wandelnde Kriegswahrnehmung des jungen Soldaten Bäumer.
Egal wie oft und in welchem Format man »Im Westen nichts Neues« zur Hand nimmt, regt die Geschichte immer wieder zum Nachdenken an. Die gekürzte Fassung ist aber ebenso zum Einstieg geeignet für all jene, die das Buch noch nicht gelesen haben – aber es immer mal vorhatten.

Friederike Höhn

Ausstellungen

Aufgrund der Corona-Pandemie sind Besuche von Ausstellungen von Museen und anderen Einrichtungen derzeit nur eingeschränkt möglich. Bitte informieren Sie sich bei den einzelnen Veranstaltern, wann und in welchem Umfang die Ausstellungen geöffnet sind. Wir empfehlen Ihnen, das bereitgestellte mediale Angebot der einzelnen Einrichtungen zu nutzen.

Berlin

Fritz Bauer.
Der Staatsanwalt.
NS-Verbrechen vor Gericht
Stiftung Topographie
des Terrors
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin
Tel.: 0 30 / 25 45 09 0
www.topographie.de
April bis Oktober 2021
täglich
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt frei

Postscriptum.
»Ostarbeiter« im
Deutschen Reich
Freiluftausstellung.
Dokumentationszentrum
NS-Zwangsarbeit
Britzer Straße 5
12439 Berlin
Tel.: 0 30 / 63 90 28 80
www.ns-zwangsarbeit.de
15. Oktober 2020 bis Ende
April 2021
täglich
24 h
Eintritt frei

»Rotspanier«. Spanische
Zwangsarbeiter im
Zweiten Weltkrieg
Dokumentationszentrum
NS-Zwangsarbeit
Britzer Straße 5
12439 Berlin
Tel.: 0 30 / 63 90 28 80
www.ns-zwangsarbeit.de
Mai bis Oktober 2021
täglich
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt frei

Dresden

Hitlers Elitetruppe?
Mythos Fallschirmjäger
Militärhistorisches Museum
der Bundeswehr
Olbrichtplatz 2
01099 Dresden
Tel.: 03 51 / 82 32 80 3
www.mhmbw.de
Frühjahr 2021 bis
Januar 2022
Donnerstag bis Dienstag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
Ermäßigt: 3,00 Euro
Freier Eintritt für Bundes-
wehrangehörige

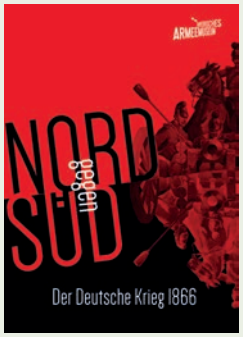


Friedrichsruh

Otto von Bismarck
und seine Zeit
Otto-von-Bismarck-Stiftung
Am Bahnhof 2
21521 Friedrichsruh
Tel.: 04 10 4 / 97 71 0
www.bismarck-stiftung.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

Ingolstadt

Nord gegen Süd.
Der Deutsche Krieg 1866
Bayerisches Armeemuseum
Neues Schloss
Paradeplatz 4
85049 Ingolstadt
Tel.: 08 41 / 93 77 22 0
www.armeemuseum.de
bis 12. September 2021
Dienstag bis Freitag
9.00 bis 17.30 Uhr
Samstag, Sonntag und
Feiertag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro
Ermäßigt: 3,00 Euro
Sonntag: 1,00 Euro





Potsdam

Potsdamer Konferenz
1945 – Die Neuordnung
der Welt
Schloss Cecilienhof
Im Neuen Garten 11
14469 Potsdam
Tel.: 03 31 / 96 94 20 0
www.spsg.de
23. Juni 2020 bis
31. Oktober 2021
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 14,00 Euro
Ermäßigt: 10,00 Euro

Korrekturhinweis zu Heft 3/2020, S. 23:
Neben dem im Artikel erwähnten Brigadegeneral Gert Gawellek wurde 2017 mit Thomas Seifert ein weiterer Offizier mit NVA-Biografie in der Bundeswehr zum Brigadegeneral befördert.

Der besondere Tipp

Der Bruderkrieg – Deutsche und Franzosen 1870/71

Die dreiteilige Dokumentation von ZDF/ARTE arbeitet den nunmehr 150 Jahre zurückliegenden Konflikt über die individuellen Erlebnisse eines französischen, deutschen und britischen Protagonisten auf, aus unterschiedlichsten Perspektiven: als Zivilist, Militär, Journalist, Mann und Frau. Mithin gelingt es den Autoren durch das geschickte Einflechten einer zusätzlichen Ebene, die damals neuartige Multidimensionalität dieses Krieges deutlich zu machen und um eine unbeteiligte britische Sichtweise zu ergänzen.


akg-images

Französische Sanitätskolonne 1870.

Während der erste Teil die Geschichte des Krieges vor allem aus Sicht der Pariserin Geneviève Bréton erzählt, welche die Belagerung ihrer Stadt erlebt und deren Verlobter zur Verteidigung von Paris eingezogen wird, folgen die Teile zwei und drei dem Stammvater aller Kriegsreporter, dem britischen Journalisten William Howard Russel, und einem preußischen Generalstabsoffizier, dem späteren Kriegsminister Paul Bronsart von Schellendorff. Alle drei führten Tagebuch und hinterließen so umfangreiche Selbstzeugnisse, die in Kombination mit vielfältigen zeitgenössischen Fotografien sowie Interviews mit deutschen und französischen Historikern und Historikerinnen das Bild eines modernen Krieges im Zeichen nationaler Identitätsfindung zeichnen. Nach dem auf Frankreich zentrierten ersten Teil widmet sich Teil zwei hauptsächlich den großen politischen Entwicklungslinien, dem wachsenden Einfluss der Massenmedien und der Ausrufung des Deutschen Kaiserreiches, während der dritte und letzte Teil den Blick zurück auf Preußen wirft, die Frage der nationalen Einheit Deutschlands und den Wandel des Kriegsbildes an der Schwelle zum modernen Massenkrieg thematisiert.

Vor dem Hintergrund der zwei Jahrhunderte dauernden Anstrengungen Frankreichs zur Ostverschiebung seiner Grenzen, von einem »Bruderkrieg« zu sprechen, wirkt jedoch befremdlich. Diese Metapher mag wohl eher auf den vorangegangenen preußisch-österreichischen Konflikt von 1866 zutreffen. Der Krieg 1870/71 indes ist zunächst in den Kontext traditioneller Machtpolitik der europäischen Großmächte einzuordnen, auch wenn in dessen weiterem Verlauf zunehmend das nationale Element auf beiden Seiten die Überhand gewinnt. Dessen ungeachtet präsentieren die Autoren eine tiefgründige Dokumentation, die es anzuschauen lohnt und die den Blick auf einen Konflikt lenkt, der, wie der nordamerikanische Bürgerkrieg wenige Jahre zuvor, die Schrecken des furchtbaren militärischen Ringens der europäischen Großmächte 43 Jahre später bereits erahnen lässt.

Lars Zacharias

Der Bruderkrieg – Deutsche und Franzosen 1870/71, dreiteilige Dokumentationsreihe von Hermann Pölking-Eiken und Linn Sackarnd, ZDF/ARTE, Looksfilm, 2020, verfügbar auf YouTube

Impressum

Herausgegeben
vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)
durch Oberst Dr. Frank Hagemann (V.i.S.d.P.)

Verantwortlich für akt. Ausgabe:
Cornelia Juliane Grosse M.A. (cg)
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A. (ch)

Redaktion:
Cornelia Juliane Grosse M.A. (cg)
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A. (ch)
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch (cj)
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa (hp)
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann (ks)
Henning de Vries M.A. (hv)

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Lektorat: Dr. Aleksandar-S. Vuletić, Björn Mielbrandt
Karten/Grafiken: Dipl.-Ing. Bernd Nogli, Frank Schemmerling, Yvonn Mechtel
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zmsbw.de

© Titelbild: Sammlung Berliner Verlag/Archiv/Süddeutsche Zeitung Photo

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2021 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Die Regionalen Ausstellungen der Bundeswehr

Stand: März 2021

BUNDESWEHR

Berlin	Bundesministerium der Verteidigung
Berlin	MHM – Flugplatz Berlin-Gatow
Dresden	Militärhistorisches Museum (MHM)
Potsdam	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw)



Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung (AIN)

Munster	Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien - ABC-Schutz

Cyber- & Informationsraum (CIR)

Mayen	Zentrum für Operative Kommunikation
Storkow	Informationstechnikbataillon 381

Heer

Bad Reichenhall	Gebirgsjägerbrigade 23 „Bayern“
Calw	Kommando Spezialkräfte
Frankenberg	Panzergrenadierbrigade 37
Freyung	Aufklärungsbataillon 8
Havelberg	Panzerpionierbataillon 803

Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD)

Münster	Bundeswehrdienstleistungszentrum Münster
Hammelburg	Bundeswehrdienstleistungszentrum Hammelburg

Luftwaffe

Laage	Taktisches Luftwaffengeschwader 73 „Steinhoff“
Schortens	Objektschutzregiment der Luftwaffe „Friesland“
Wittmund	Taktisches Luftwaffengeschwader 71 „Richthofen“

Marine

Eckernförde	Seebataillon
Kiel	3. Minensuchgeschwader
Plön	Marineunteroffizierschule

Streitkräftebasis

Bonn	Kommando Streitkräftebasis
Burg	Logistikbataillon 171 „Sachsen-Anhalt“

Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr

Blankenburg	Versorgungs- und Instandsetzungszentrum Sanitätsmaterial
Leer	Kommando Schnelle Einsatzkräfte Sanitätsdienst „Ostfriesland“

© ZMSBw 09114-06

Seit 2015 entstehen in Deutschland Orte, an denen sich die Bundeswehr in einem völlig neuen Format ihrer Nachbarschaft präsentiert: Regionale Ausstellungen. Was zunächst als Projekt der „Agenda Attraktivität“ einen Pilot-Charakter hatte, ist mittlerweile zum erfolgreichen und festen Bestandteil der historischen und politischen Bildung in der Bundeswehr geworden. Standortangehörige und zivile Gäste können sich in diesen kleinen lokalen „Schaufenstern“ einen Eindruck davon machen, welchen Auftrag die Bundeswehr hat – und wie und warum sie ihn erfüllt. Anschaulich und interaktiv können Aufgaben, Werte und Traditionen der Truppenteile erkundet und erlebt werden. Multimediale Ausstellungskonzepte vermitteln Alltag, Einsatz und Geschichte(n) der Verbände – nach innen wie nach außen. Was sich bisher oft nur hinter dem Kasernenzaun abspielte, kann nun in bisher 20 eröffneten Ausstellungen besichtigt werden. Über 25 000 Gäste haben das bereits getan.

Publikationen des ZMSBw



Einsatz ohne Krieg?
Die Bundeswehr nach 1990 zwischen politischem Auftrag und militärischer Wirklichkeit.
Hrsg. von Jochen Maurer und Martin Rink, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2020, 431 S., 45,00 Euro, ISBN: 978-3-525-33609-0



André Pecher
Friedrich Oskar Ruge
Lebenswelt, Rolle und Selbstverständnis eines Marineoffiziers von 1914 bis 1945, Berlin, Boston: De Gruyter 2021 (= Zeitalter der Weltkriege, 22), VIII + 508 S., 54,95 Euro, ISBN 978-3-11-063350-4

ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw

Podcast ZUGEHÖRT!

»ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw« finden Sie auf allen einschlägigen Plattformen sowie unter https://bit.ly/3skVUE6



Folge 19: Bevölkerungsbefragungen zur Bundeswehr

Seit einigen Jahren erhebt das ZMSBw Daten zur Meinung der deutschen Bevölkerung über die Bundeswehr. Hier wird erklärt, wie diese Befragungen ablaufen und welche Schlüsse daraus gezogen werden können.



Folge 20: Minensucher im Persischen Golf

1990/91 waren erstmals seit der Wiedervereinigung Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz: Deutsche Boote suchten im Persischen Golf nach dem 2. Golfkrieg gegen den Irak nach Minen.